



Solidarität hilft siegen!

ROTE HILFE

3. Jg. Nr. 6

Juli 1975

50 Pfennig

DIE ROTE HILFE RUFT AUF: VERTEIDIGT DIE ANWÄLTE DER ARBEITERKLASSE!

Wütende Angriffe auf missliebige Rechtsanwälte

Am Montag, den 23. 6. wurden die Rechtsanwälte Ströbele und Croissant verhaftet. Ihnen wird "Unterstützung der kriminellen Vereinigung Baader-Meinhof" vorgeworfen. Ströbele wurde in der Mittagspause einer Gerichtsverhandlung verhaftet. Begründet wurde diese spektakuläre Aktion mit "dringender Fluchtgefahr". Zynischer hätte die Begründung nicht ausfallen können, war der Haftbefehl doch schon am 20. ausgestellt worden und Ströbele hatte sich öffentlich im Gerichtsgebäude zur Verhandlung gezeigt. Die Staatsanwaltschaft aber argumentiert mit dem bevorstehenden Berufsverbot, von dem sie sicher ausgeht und sagte, wenn wir erst einmal das Berufsverbot erlassen haben hat der Anwalt jegliche Bindungen verloren und damit besteht Fluchtgefahr.

Das was sie vorwerfen sind alles alte Hüte. Briefe von Ströbele an die Angeklagten von 1973 und 74, wo er das selbstverständliche Recht der Verteidigung in Anspruch nahm, seine Mandanten über die politische

Entwicklung im Zusammenhang mit ihrem Prozeß zu informieren. Diese Briefe wurden bereits vom Bundesinnenminister veröffentlicht, ohne daß es zu einer Anklage gekommen war.

Nachdem nun der Schauprozeß im Stammheimer Sondergerichtsbunker von einer Sackgasse in die andere gerät, sind diese Vorwürfe für eine Verhaftung gut genug, helfen sie doch der Staatsanwaltschaft "Erfolge" vorzeigen zu können. Mit Hilfe der Durchsuchung der Anwaltspraxen konnte die Staatsanwaltschaft die Prozeßstrategie der Verteidiger anhand der Notizen und Tonbänder verfolgen. Dabei ging sie sogar für das Gericht zu weit, als sie die für den Prozeß unerlässlichen Handakten beschlagnahmten und so den Fortgang unmöglich machten. Der Prozeß musste erst einmal vertagt werden.

Diese Verhaftungen sind bisher der Höhepunkt in der Reihe der Einschüchterungsmaßnahmen und der Einschränkung der Rechte der Angeklagten.



Bild: Nach der Verhaftung der Anwälte Ströbele und Croissant protestierten noch am gleichen Tag Hunderte auf einer Kundgebung der ROTEN HILFE in Westberlin

Am 1. Januar traten die ersten entscheidenden Verteidigerausschlußgesetze in Kraft. Kurz darauf erfolgten die ersten Ausschlüsse, darauf Strafverfahren und Berufsverbote. Das genügt aber noch nicht sicherzustellen, daß die politischen Gefangenen abgeurteilt werden können. In Eile werden neue Gesetze vorbereitet, die sogenannten "Kronzeugen" Straffreiheit

(weiter S. 4)

4 KOLLEGEN IN DIE TÜRKIE ABGESCHOBEN

Weitere Abschiebungen konnten erfolgreich verhindert werden

Die Ortsgruppe Nürnberg berichtet über den Kampf um die Freilassung der inhaftierten türkischen Kollegen von Dynamit-Nobel:

Auch nach der brutalen Niederschlagung des Streiks der 150 hauptsächlich türkischen Kollegen und der Inhaftierung von 27 türkischen Kollegen hielten die Verfolgungen seitens der Dynamit-Nobel-Kapitalisten und der Klassenjustiz an.

Im Betrieb selber wurde die Hetze gegen die türkischen Kollegen ("Krawallmacher, die die Arbeitsplätze der deutschen Kollegen gefährden") fortgesetzt ebenso gegen die "betriebsfremden Drahtzieher" - gemeint ist die KPD. Es herrscht ein Klima der Angst und Bespitzelung. Mehrmals auch ging die Polizei gegen Flugblattverteiler vor; die Dokumentation des Kampfkomitees "Sofortige Freilassung aller inhaftierten türkischen Kollegen" wurde verboten.

Mit der Inhaftierung der 27 Kollegen wollen Staatsapparat und Klassenjustiz ein Exempel statuieren. Dies beginnt mit der schlechten Behandlung der Inhaftierten (ein Kollege nahm in vier Wochen acht Kilogramm ab; anderen Kollegen wurden wichtige Me

(weiter S. 2)

Neues Bündel reaktionärer Gesetze

Die Verabschiedung ganzer Bündel reaktionärer Gesetze gehört zur Strategie des Staatsapparats, die Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber Kommunisten und anderen fortschrittlichen Menschen zu verschärfen und zu vereinheitlichen. Wieder liegen neue Gesetze zur Beratung in Bundestag und Bundesrat vor, mit denen sich der Staatsapparat wirksame Mittel zur Niederschlagung der Volkskämpfe und der Bespitzelung und Behinderung revolutionärer Organisationen schaffen will: Ein Entwurf für ein begrenztes Berufsverbot für Strafverteidiger und ein Gesetzentwurf, der den gezielten Todesschuß durch Polizisten unbegrenzt rechtfertigen soll.

BEISPIELLOSE ANGRIFFE AUF DIE ANWÄLTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES

Die Verteidigerausschlußgesetze, die Verhaftungen von Strafverteidigern, die Durchsuchung von Kanzleien gerade zu laufenden Prozessen, die Berufsverbote gegen Anwälte und der Versuch, durch willkürliche Strafanzeigen fortschrittliche Rechtsanwälte in den Ruch des "Kriminellen" zu bringen und dann auszuschalten - vgl. den nebenstehenden Bericht - reichen der Bourgeoisie noch nicht aus. Nach einem neuen Gesetzentwurf sollen mißliebige Anwälte für "bestimmte Verfahrensarten" ausgeschlossen werden können. Das heißt: Statt einem totalen Berufsverbot kann z. B. das Verbot von Strafverteidigungen oder von Arbeitsgerichtsverfahren ausgesprochen

werden. Gerade dort also, wo revolutionäre und fortschrittliche Rechtsanwälte Menschen verteidigen, die wegen ihres Eintretens für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes in den täglichen Kämpfen verfolgt werden, will sich die Klassenjustiz ein "spezielleres" Mittel als das totale Berufsverbot schaffen. Ein solches "begrenztes Verbot" sieht weniger einschneidend aus. Die Bourgeoisie hofft, mit diesem infamen Mittel auf weniger Widerstand zu treffen und doch das gewünschte Ziel zu erreichen: Dort, wo Rechtsanwälte durch ihre Tätigkeit die Interessen des Volkes unterstützen, können sie ausgeschaltet werden und zugleich existentiell bedroht werden.

FREIE BAHN FÜR POLI ZEIWILLKÜR ...

... nichts anderes ist der Inhalt neuer Ge-
(weiter S. 2)

Portugal: GEGEN SOZIALIMPERIALISTISCHE SUBVERSION

Ein Tag nachdem die Zeitung "Republika" über den Besuch einer Delegation der Kommunistischen Partei Portugals/Marxisten Leninisten (PCP/ML) berichtet hatte, unternehmen die Untergebenen der Cunhal-Clique (Vorsitzender der Partei der modernen Revisionisten) einen Streik und versuchen, die Zeitung unter ihre Gewalt zu kriegen. Das war eines der vielen Unternehmen der Sozialimperialisten hörigen revisionistischen Partei in Portugal die Stimme derjenigen zu unterdrücken, die nach vierzigjähriger faschistischer Herrschaft die Drahtzieher der Terrorherrschaft über das Volk erkannt haben und sich für nationale Unabhängigkeit von den beiden imperialistischen Supermächten einsetzen. Mit den Mitteln des Terrors, der Bespitzelung und der Verhinderung von Wahlen in den Gewerkschaften versuchen die Agenten der Sozialimperialisten Portugal von innen aufzurollen, in Unruhe und ein wirtschaftliches Chaos zu versetzen um dann als rettender Engel mit der wirtschaftlichen Hilfe seitens der Sozialimperialisten vor den Massen in Erscheinung zu treten.

Als die Arbeiter der Chemie-Gewerkschaft Wahlen forderten und Cunhal dies auch nicht mehr verhindern konnte, liess die von den Revisionisten beherrschte Gewerkschaftsführung 12 Revolutionäre willkürlich verhaften und ließ nur 5 Wahllokale für 30000 Arbeiter öffnen. Nur 4000 konnten wählen, vor allem treue Parteilinienhänger Cunhals, die mit Bussen zu den Wahllokalen gefahren wurden. Schon jetzt organisiert diese Partei Streiks für die Lösung von Lieferverträgen mit der EG, um Verträge mit den Sozialimperialisten zu erzwingen. Aber die Massen haben die Gefahr einer sozialfaschistischen Diktatur durch die Cunhal-Clique erkannt und Cunhal dies auch nicht mehr verhindern konnten. Sie schlossen den Kampf mit allen Kräften, die sich für nationale Unabhängigkeit einsetzen. Portugal darf keine



Kolonie der sowjetischen Sozialimperialisten werden! Panzer gegen Revolutionäre

Im Gefängnis der DDR S. 3

Entlassung verhindern S. 5

Gegen die Supermächte S. 6

Freiheit für die PEF S. 8

Forts. Türken abgeschoben

dikamente verweigert), der Verhinderung des Kontakts der Kollegen untereinander und der Behinderungen im Empfangen von Post und Besuchen und endet mit der Abschiebung. Um den Widerstand gegen die Abschiebung zu schwächen, geht die Justiz möglichst unauffällig und "tropfenweise" vor.

Die ersten Abschiebungen erfolgten in der Nacht vom 13. auf 14. 6. Zwei türkische Kollegen wurden in einem Polizeibus vom Gefängnis auf Schleichwegen zum Flughafen und durch einen Nebeneingang direkt zum Flugzeug nach Istanbul gefahren. Sie konnten nicht einmal mehr Kontakt mit ihren Angehörigen aufnehmen. In der folgenden Nacht wurden auf dieselbe Weise zwei weitere Kollegen abgeschoben. Mit Erpressung und Täuschung hat die Klassenjustiz mindestens einem der Kollegen eine Erklärung abgenommen, d.ass er "freiwillig" in die Türkei zurückkehren wolle. Den Kollegen wurde erklärt, sie hätten dann nichts mehr zu befürchten!

Durch den Kampf des Kampfkomitees, das von der Roten Hilfe, der KPD und dem türkischen Arbeiterverein in Nürnberg unterstützt wird, ist es gelungen, bis heute weitere Abschiebungen zu verhindern. So

fort nach Bekanntwerden der ersten Verhaftungen stellten wir Agitprop-Trupps zusammen für die Arbeiterwohnheime und die Kneipen. Auch im Flughafen gelang es uns trotz schärfster Sicherheitsvorkehrungen, Flugblätter an die türkischen Fluggäste zu verteilen, sodass sich die Nachricht von der Abschiebung schnell herum sprach. Inzwischen haben wir auch erfahren, dass einer der Abgeschobenen unbehelligt zu Hause ankam, während von den drei anderen noch nichts bekannt ist. Es besteht so die Gefahr, dass sie gleich bei der Ankunft verhaftet wurden.

An der Demonstration am Samstag, dem 14. 6. beteiligten sich ca 500 Menschen, darunter ca 250 türkische Kollegen.

Das deutsch-türkische Solidaritätsfest fand in einer sehr ermutigenden und kämpferischen Atmosphäre statt. Es waren knapp 200 deutsche und ausländische Kollegen gekommen. Alle anwesenden Nationalitäten führten revolutionäre Lieder und Gesänge vor, auch ein deutsch-türkisches Theaterstück wurde aufgeführt.

In der darauffolgenden Woche besuchten wir nocheinmal die Angehörigen der Verhafteten und ermutigten sie, im Kampf weiter auszuhalten. So erreichten wir es, dass kein weiterer der Inhaftierten die Abschiebeerklärung unterschrieb. Aufgrund

der bisher bei uns eingegangenen und gesammelten Spenden (knapp 2000 DM) konnten wir die materielle Hilfe in ausreichendem Umfang sicherstellen.

Aber das reicht bei weitem noch nicht aus: die Angehörigen erhalten noch immer kein Geld, die Versorgung der Inhaftierten selber ist schlecht und die Anwaltskosten müssen auch getragen werden.

Deshalb dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Mithilfe der Dokumentation sollten alle Mitglieder und Freunde der Roten Hilfe auch in anderen Städten die Freilassung der türkischen Arbeiter propagieren und materielle Hilfe organisieren.

SOFORTIGE FREILASSUNG ALLER INHAFTIERTEN TÜRKISCHEN KOLLEGEN! KEINE ABSCHIEBUNG! DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER - EINE KAMPFFRONT!

Dokumentation "Sofortige Freilassung aller inhaftierten türkischen Kollegen" herausgegeben von KPD und Roter Hilfe. Zu bestellen in Nürnberg/Städt, GUGELSTRASSE 91 (KPD-BÜRO). Preis: 50 Pf.

Konto: J. Patschka, Kennwort Dynamit. PechA Nürnberg Nr. 2222 97-852.



Katharina Hammerschmidt ist tot.

Am Sonntag, 29. Juni, starb in Westberlin Katharina Hammerschmidt an einem Krebsgeschwür. Die ROTE HILFE ZEITUNG hatte im Februar 1974 berichtet: "Versuchter Mord an Katharina Hammerschmidt". Sie war verdächtigt worden, die RAF durch Wohnungsbeschaffung unterstützt zu haben, stellte sich freiwillig und saß ab Juli 1972 in Untersuchungshaft. 1973 traten lebensgefährliche Erststadiums-Krebsanfälle auf, deren medizinische Behandlung von den Justizbehörden verweigert wurde. Als es zu spät war, wurde Katharina Hammerschmidt im Nov. 74 mit einem kindskopfgroßen Krebsgeschwür Haftverschonung "gewährt". Sie stellte gegen die verantwortlichen Justizschergen Strafanzeige wegen versuchter Tötung. Aus dem versuchten Mord ist nun vollendeter Mord geworden. Die Schuldigen müssen bestraft werden!

Als erstes hieß es, es wäre kein "Parteiverkehr!". Nachdem ich mein Anliegen vorgetragen hatte, bekam ich zur Antwort, ich müßte mir mein Geld besser einteilen! Auch der Herr Oberamtmann erschien auf Zimmer 206 nach einer Weile und mit den Kollegen erreichte ich, daß sie mir doch noch eine einmalige Zahlung von 81 DM gaben. Nach elf Uhr erreichte ich meine Wohnung und dort war bereits Strom und Gas abgesperrt. Sofort begab ich mich auf den Weg zu den Stadtwerken. Hier erfuhr ich dann, daß noch rückwirkend eine Rechnung über 156,- DM zu begleichen sei. Also nützten die 81,-DM nichts. Zu meinem Glück habe ich gute und hilfsbereite Leute im Haus. Weil ich mich so elend gefühlt hatte, kochten sie mir Tee und auch Essen. Auch hauptsächlich die Kollegen vom Arbeitslosenkomitee verhalfen mir dazu, daß ich wieder mit Strom und Gas versorgt war.

Am Freitag ging wieder ein Kollege vom Komitee gegen Arbeitslosigkeit mit zum Sozialamt. Das Sozialamt will mir bei der nächsten Auszahlung und in Zukunft das Geld für die Stadtwerke gleich von meinem monatlichen Etat abziehen. Dabei wird das Wohngeld an das Sozialamt bezahlt. Nun bleibt mir noch weniger zum Leben. Die Leute an der bürgerlichen Presse meinen auch, daß das einen Härtefall bedeutet. Aber von der Presse hat mir keiner geholfen! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage Euch, muß man sich denn all diese Schikanen und Unterdrückung vom Personal des Sozialamtes bieten lassen? Hiermit appelliere ich an euch alle, denn dieses ist kein Einzelfall mehr! Kämpft mit für unsre Rechte und gegen diese Unterdrückung auf die Arbeiterklasse! Helft mir.

(Die OG München hat uns mitgeteilt, daß die Kollegin nun vor allem selbst die Initiative ergriffen hat. Sie ist Mitglied in der ROTEN HILFE geworden, arbeitet mit in einem Arbeitslosenkomitee und verkauft regelmäßig die Zeitung "Der Arbeitslose". Sie erhält den ausgeschrieben Preis: eine zeitgenössische Ausgabe des Arbeiterromans "Brennende Ruhr" von Karl Grünberg aus dem Jahre 1926.)

Korrespondenten-Wettbewerb

FORTS. NEUE GESETZE

setzentwürfe über die Befugnisse der Polizei. So soll z. B. Personenkontrolle und -durchsuchung auch dann erlaubt sein, wenn die Polizei keinen Grund dafür angeben kann. Das erinnert ebenso wie das neue westberliner Blockwartsystem, nach dem jeder Häuserblock "seinen" Polizisten hat, an den faschistischen Terror, bei dem Polizei bzw. SS unbeschränkte Befugnisse hatten.

Außerdem haben bereits die Mehrzahl der SPD- und CDU-regierten Bundesländer einen Gesetzentwurf über den Todesschuß durch die Polizei gebilligt, wonach jeder Polizist schon dann jemand gezielt erschies sen kann, wenn er "Leib oder Leben" bedroht sieht. Das heißt: Schon dann, wenn ein Polizist angibt, er habe sich eingebildet, er könne verletzt werden, kann er jemand umbringen. Für die Bourgeoisie waren die Polizeimorde an Routhier, Jendrian, Dohardt, McLoyd, Rohs und anderen nur der Anfang eines systematischen Vorgehens, zu dem nun jeder Polizist gesetzlich ermuntert wird. Die zahlreichen von Polizeiprovokateuren inszenierten Rangeleien bei Demonstrationen werden zum Vorwand, um in Demonstrationen hineinschießen zu können. Die Gerichte können ihren Segen dazu geben!

UNVERBLÜMTE ANGRIFFE AUF DIE ARBEITERKLASSE UND DAS VOLK

Unverblümt offen werden hier neue Vorschläge für eine noch perfektere Unterdrückung der Volkskämpfe gemacht. Die letzten liberalen Überreste im Justizapparat sollen ausgemerzt werden, Widersprüche durch Gesetz beseitigt werden, indem jeder Polizist, jeder Richter und Staatsanwalt per Gesetz ermuntert und verpflichtet wird, mit allen Mitteln auf Antimperialisten und Kommunisten, auf die revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse einzuschlagen.

Die letzten Hoffnungen auf den "freiheitlichen Rechtsstaat" sind nun am zerbrechen. Das "Bei uns kann doch jeder denken, sagen, tun, was er will" wird zur unerträglichen Phrase. Die Arbeiter und Werktätigen, die solche Gesetze ohne große Illusionen durchschauen und die Sprache des Klassenfeindes erkennen, werden darin bestätigt, daß der Kampf gegen diese Polizeigesetze und gegen die Verfolgung ihrer Verteidiger antiimperialistisch, mit dem klaren Ziel der sozialistischen Revolution vor Augen geführt werden muß. Die Gesetze und Maßnahmen der Bourgeoisie eröffnen gerade jetzt aber auch neue Möglichkeiten, Teile der Zwischenschichten wie etwa oppositionelle Strömungen unter den Juristen für den Kampf um eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gewinnen.

In der RIZ Nr. 4/75 hat die Redaktion einen Korrespondentenwettbewerb veranstaltet und den Auftrag erteilt, "Rote Zeitung" schließt die Angriffe der Klassenjustiz auf die revolutionäre Presse zurück. Auf dem Weg zum Wettbewerb sind die Kollegen in der RIZ Nr. 4/75 eingeladen worden, zu schreiben und zu beschreiben, was sie im Laufe der letzten Monate erlebt haben und was sie im Kampf gegen die Unterdrückung der Arbeiterklasse erlebt haben. Die Gewinner werden im nächsten Heft der RIZ bekannt gegeben. Die Gewinner werden im nächsten Heft der RIZ bekannt gegeben. Die Gewinner werden im nächsten Heft der RIZ bekannt gegeben.

Was Arbeitsamt, Rentenversicherung und Sozialamt uns vorenthalten, - erkämpfen wir uns

1973 arbeitete ich bei einer Münchner Firma als ich mit fristloser Kündigung überrascht wurde. So fragte ich den Betriebsrat, ob sie mit meiner Arbeitsweise wohl nicht zufrieden sind. Er sagte mir, daß sie mir fachlich nichts anhaben könnten, aber - ich sei politisch zu sehr engagiert. Im Betrieb hatten sie es irgendwie erfahren, daß ich bei der SPD Mitglied bin. Das stimmte auch seit 1971. Aber weil ich daraufhin regelrecht arbeitslos blieb, ohne Aussicht auf einen neuen Arbeitsplatz, trat ich von der SPD wieder aus. Beim Arbeitsamt meldete ich mich arbeitslos und sprach gleich zeitig wegen einem neuen Arbeitsplatz vor. Dort hieß es, man müsse erst das Gutachten des Amtsarztes abwarten, eher dürfen sie mir keine neue Arbeit vermitteln. Mit dem Schreiben vom August 1973 wurde mir mitgeteilt, daß mir die Gewährung von Arbeitslosengeld nicht entsprechen werden kann. Gründe: "nach dem amtsärztlichen Gutachten ist Ihre Leistungsfähigkeit so gemindert, daß Sie z. Z. nicht zu einer Arbeitsleistung im Stande sind. Sie können daher eine Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes nicht ausüben. So stehen Sie der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung und haben keinen Anspruch auf Leistungen. Diese Entscheidung beruht auf §103 Arbeitsförderungsgesetz (AFG)." Gegen diesen Bescheid legte ich sofort Widerspruch ein! Die Antwort darauf erhielt ich am 27. 9. 73 mit folgendem Wortlaut: Ich bestätige den Eingang Ihres Widerspruchs vom 27. 8. 73 der jedoch bisher wegen der großen Zahl der hier eingelegten Widersprüche nicht bearbeitet werden konnte. Über Ihren Widerspruch werde ich so bald wie möglich entscheiden. Im Interesse einer reibungslosen

Bearbeitung bitte ich Sie, möglichst von Rückfragen abzusehen." So warte ich heute immer noch auf die Bearbeitung meines Widerspruchs! 30 Jahre lang habe ich gearbeitet! Mit meinen sämtlichen Unterlagen, aufgrund des Gutachtens des Amtsarztes (Frau Dr. Wittmann) reichte ich auch sofort bei der Versicherung den Antrag auf Erwerbsunfähigkeitsrente ein. Ein halbes Jahr später erhielt ich den Bescheid von der Versicherung, daß die Rente abgelehnt wird... (Daraufhin erhob die Kollegin Klage beim Sozialgericht. Bis zum Februar 1975 - 1 1/2 Jahre lang - bekam die Kollegin weder Arbeitslosengeld noch Rente. Erst dann wurde ihr Erwerbsunfähigkeitsrente zugesagt, von der allerdings bisher noch kein Pfennig eingetroffen ist.) Bis zur Auszahlung der Rente zahlte mir das Sozialamt 1973 369 DM monatlich. Davon mußte ich 223,50 DM für die Miete aufbringen. Zum Leben bleibt mir nicht mehr viel übrig, so daß das Sozialamt die Kosten für die Stadtwerke übernahm. Über die Sommermonate 73 trug ich für den Münchner Merkur die Zeitungen aus. Von diesem Verdienst wohl als kleines Taschengeld zählend, bezahlte ich die Stadtwerke selbst. Mit meiner Anständigkeit hatte ich damit einen Fehler begangen. Jetzt habe ich z. Zt. wegen Krankheit auch keinen Nebenverdienst mehr, darum kann ich die Zahlungen für die Stadtwerke nicht mehr aufbringen. Das Geld vom Sozialamt ist so wenig, daß es auf die Dauer nicht mehr tragbar ist bei diesen steigenden Lebenshaltungskosten. Am Montag erschien jemand von den Stadtwerken und mahnte mich, wenn ich ihm das Geld bis zum nächsten Tag nicht gebe, für Gas und Strom, so wird mir dieses sofort gesperrt. Am darauffolgenden Tag, am 6. Mai, gingen zwei Kollegen vom Komitee gegen Arbeitslosigkeit mit zum Sozialamt in der Reisigerstraße. Von dort schickten sie uns in die Franziskanerstr. 6 zu Herrn Oberamtmann Sch. Dort wurden wir nach Zimmer 206 geschickt.

Als Antifaschist im DDR-Gefängnis

Am 9. Mai, dem 30. Jahrestag der Befreiung der Völker der Welt vom Hitlerfaschismus wurden vor dem Treptower Ehrenmal in Ostberlin 18 Kommunisten und Antifaschisten, Genossen der KPD, der Liga gegen den Imperialismus und der ROTEN HILFE von den Staatsorganen der DDR verhaftet. Sie hatten vor dem Ehrenmal der Roten Armee einen Kranz niedergelegt, um das Vermächtnis der Antifaschisten zu ehren, die die Welt von Hitler befreit hatten und hatten in einer Rede und Sprechbörden die Lehren des antifaschistischen Krieges für heute aufgezeigt:

Heute Antifaschist sein, das heisst gegen die beiden imperialistischen Supermächte, den sowjetischen Sozialimperialismus und den USA-Imperialismus, die Hauptkriegstreiber Breschnew und Ford kämpfen!

Der Beitrag der SED-Führung zum Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus war, die Antifaschisten zu verhaften.

Die Genossen wurden beschuldigt, "staatsfeindliche Hetze gegen die DDR und befreundete sozialistische Länder" betrieben zu haben. Das hätte Haftstrafen von 1 bis 5 Jahren bedeutet. Aber die neue Bourgeoisie in der DDR hat sich verrechnet: durch die Protestkampagne, die sich sofort erhob, musste sie die Genossen schon nach 14 Tagen freilassen. Die Genossin Anette aus der Ortsgruppe Moabit in Westberlin berichtet über ihre Erfahrungen in der Haft:

Genossin Anette berichtet

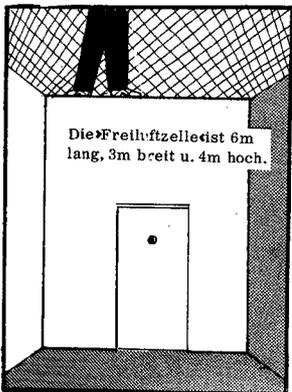
Ich wurde am Alexanderplatz festgenommen, bevor ich mit den Menschen dort über unsere Kundgebung und die Verhaftungen diskutieren konnte. Ein Auto stoppte neben mir und bevor ich überhaupt etwas rufen konnte, hatten sie mich in den Wagen gezerrt. Widerstand war völlig sinnlos. Sie brachten mich in das Polizeipräsidium am Alexanderplatz, wo ich bis morgens 1/2 5 Uhr, d. h. 12 Stunden verhört wurde. Schon hier wurde die Taktik des SSD klar: Einschüchterung und Spaltung. So machten sie folgende Sprüche: es sei überhaupt noch nicht geklärt, was mit uns geschieht, alles hinge von unserer "Redebereitschaft" ab, wir würden uns ja nur selber schaden: ob wir denn gar nicht wüssten, dass wir von unseren Führern nur "verheizt" worden seien usw.

Sie versuchten es auch mit Schmeichelei, z. B. redeten sie mich mit "Genossin" an, was ich mir allerdings aus ihrem Munde strengstens verbat. Nachdem sie nichts brauchbares aus mir herausbekommen hatten, -es sei denn die Erkenntnis, dass sie mit uns kein leichtes Spiel haben werden- wurde ich um 1/2 5 Uhr morgens in eine Zelle gebracht. Als ich in den Zellentrakt geführt wurde, schallte mir gleich der Ruf entgegen: FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Am nächsten Morgen wurden wir dann in einem Gefangenewagen in die U-Haftanstalt des SSD überführt. Schon dieser Gefangenewagen deutete an, was uns erwartete.

Wir wurden hier in kleine eingebaute Kästen gesetzt, in denen man sich kaum bewegen konnte, die kein Fenster hatten und man darin kaum atmen konnte.

Dann lernten wir die "rote Mühle", das SSD-Gefängnis von innen kennen. Wir standen hier einem Unterdrückungsapparat gegenüber, der bis ins letzte Detail perfektioniert ist. Sein Ziel: durch vollständige Isolation der Gefangenen untereinander und vor allem nach draussen den Widerstands- und Kampfwillen zu brechen. Die Zellen, zu meist Einzelzellen, haben ungeheuer dicke Wände, anstelle von Fenstern sind undurchsichtige Glasbausteine eingebaut. In den Türen befinden sich Spione, durch die man Tag und Nacht kontrolliert und beobachtet wird. Dazu kommt nachts ein ständiges Lichtanschalten, durch das man aus dem Schlaf gerissen wird.



Der sogenannte "Freihof" stellt hierzu auch keine Abwechslung dar. Hier wird man wieder in eine Zelle gesperrt, nur etwas grösser: die Wände sind ca 4 Meter hoch und obenüber ist ein Maschengitter gespannt.



darüber ein Laufsteg, auf dem während der ganzen Freistunde ständig zwei Wachen patrouillieren. Kontakt zu anderen Gefangenen ist gar nicht möglich, auch jede zufällige Begegnung mit anderen Gefangenen ist ausgeschlossen. Auf den Fluren ist deshalb eine Lichtsignalanlage eingebaut, die sofort in Gang gesetzt wird, wenn ein Gefangener den Flur betritt.

Der Gefangene befindet sich in völliger Rechtslosigkeit. Für alles braucht man eine Sondererlaubnis, ob das Schreibmaterial ist oder Zeitungen und Bücher, wobei man die Hoffnung, marxistisch-leninistische Klassiker zu bekommen, gleich aufgeben kann, denn "soetwas" gibt es in einem Gefängnis der DDR nicht. Statt dessen hat mir der Bibliotheksbeamte -ein Offizier- Adalbert Stifters "Bergwald" und "Brigitta" hereingeschmissen. Der Kontakt nach draussen kann jederzeit auf unbegrenzte Dauer verboten werden. Ob man nun an Freunde oder Verwandte schreiben will oder Kontakt zu einem Rechtsanwalt aufnehmen will - in der Regel ist es in einem solchen Fall sogar so, dass der Rechtsanwalt frühestens nach Abschluss des Ermittlungsverfahrens, d. h. oft nach Monaten oder sogar Jahren, kommen darf!

HIROHITO-PROZESS STRASSE FREI -FÜR KRIEGSVERBRECHER

In Bonn empfängt die Bundesregierung ihre Staatsgäste. Kriegsverbrecher wie Hirohito und Thieu, Völkermörder und ihre Assistenten wie Nixon und Kissinger. Kommunisten, Antimperialisten und Antifaschisten haben bei solchen Provokationen niemals geschwiegen, sondern den Haß des Volkes gegen solche Freunde der SPD-Regierung demonstriert. Im Herbst werden Breschnew und Ford, die Repräsentanten der beiden Supermächte, die Hauptkriegstreiber von heute, erwartet. Deshalb hat die Bonner Justiz die besondere Aufgabe, mit allen Mitteln antiimperialistische Demonstrationen zu unterbinden. Der Hirohito-Prozess soll das Exempel sein.

Sechs Kommunisten und Antifaschisten stehen vor Gericht, weil sie 1971 gegen Hirohito demonstriert haben und ihn einen Kriegsverbrecher und Faschisten genannt haben. Die ganze Welt weiß, daß dies wahr ist, daß Hirohito als Verbündeter Hitlers und Mussolinis einer der größten Kriegsverbrecher der Geschichte ist. Seine Verantwortung für die mörderischen Überfälle der japanischen Armee auf die Völker SO-Asiens ist erwiesen. Doch die Bonner Polizei überfiel die Demonstration brutal und versuchte, sie aufzulösen. Nicht die Polizeieinsatzleiter, sondern die Demonstranten sollen jetzt wegen Landfriedensbruchs, Widerstands usw. zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt werden. Die Bonner Justiz hat diese hohe Aufgabe begriffen und läßt sich durch nichts auf-

Dazu kamen die täglichen Verhöre, die unterschiedlich bis zu zehn Stunden gedauert haben. Wir standen unter der ständigen Drohung, dass die U-Haft völlig "legal" unbegrenzt ausgedehnt werden kann, "falls es die Ermittlungen und die staatliche Sicherheit der sozialistischen Ordnung in der DDR erfordern". Weniger die physische Gewalt war das Mittel, mit dem sie unseren Widerstand brechen wollten, als vielmehr die völlige Isolation.

Ständig protzen sie mit ihren angeblich lückenlosen "Kenntnissen" über uns. Aufschlussreich ist die Herkunft solcher Kenntnisse: z. B. wurden Genossen Photos vorgelegt, worauf sie beim Verkaufen der "Roten Fahne" abgebildet sind. Diese Photos können nur von DKP- bzw. SEW-Spitze stammen, die laufend Material über klassenbewusste Kollegen oder revolutionäre Intellektuelle sammeln und an den SSD weitergeben. Während die DKP und SEW eine "demokratische Alternative" verlangen, den "realen Sozialismus in der UdSSR und der DDR" verkünden, von Frieden und Entspannung reden, zeigen sie dadurch ihr tatsächliches Gesicht: sie haben die Aufgabe, in unserem Land den Boden zu bereiten für den Machtantritt des sowjetischen Sozialimperialismus, wie es vor dem sowjetischen Einmarsch in die CSSR 1968 gemacht wurde und wie es die Agenten Breschnews in Portugal gegenwärtig praktizieren.

Es ist auch noch wichtig zu berichten, wie wir die Zeit in dem Gefängnis unter den Bedingungen der totalen Isolation und vor allem der absoluten Ungewissheit über das, was mit uns geschieht, durchgestanden haben, ohne uns Kleinkriegen zu lassen. Natürlich gab es -besonders in den ersten Tagen- Zweifel, Schwankungen, Unsicherheiten. Aber wodurch hätten wir mehr Kraft schöpfen können als durch die Erkenntnis,

dass der Kampf, den wir geführt haben und noch führen richtig ist. Denn dass die DDR kein sozialistisches Land mehr ist, dass wir gegen diesen neuen Kapitalismus unter dem Deckmantel des "realen Sozialismus" kämpfen müssen, das wurde uns auch durch den Strafvollzug klar gemacht. Was hat es denn z. B. auf sich, wenn ständig völlige Geheimhaltung unserer Verhaftung und ein Geheimprozess als Drohung ausgesprochen wird? Das hat zu bedeuten, dass die SED-Führung einen öffentlichen Prozess fürchtet, in dem wir die Anklage gegen den Sozialimperialismus und seine Lakaien in der SED führen würden.

Aber der entscheidende Grund für unser Durchhalten war die Gewissheit, dass eine organisierte Kraft hinter uns steht, eine Kraft, die den Kampf führt für unsere Freilassung.

Ich selber kämpfe seit über einem Jahr in den Reihen der ROTEN HILFE mit. Ich wusste, dass der Kampf für die Freilassung aller politischen Gefangenen eine ständige Aufgabe der ROTEN HILFE ist und dass dies auch im Fall unserer Verhaftung so sein wird. Häufig habe ich in meiner Zelle gesessen und mir ganz konkret vorgestellt, wie ihr den Kampf für unsere Freilassung führt.

Ich habe mir vorgestellt, dass ihr jetzt wahrscheinlich auch Hausbesuche macht in dem Haus, in dem ich lebe, dass ihr durch Verteilen von Flugblättern mit den Menschen über unsere Verhaftung diskutiert und die Möglichkeit habt, unsere Auffassung vom Sozialismus im Gegensatz zur Wirklichkeit in der DDR zu propagieren und so die Menschen von der Notwendigkeit der proletarischen Klassensolidarität zu überzeugen. Diese feste Überzeugung, dass die ROTEN HILFE gemeinsam mit der KPD und der LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS einen richtigen Kampf führt, dass ihr es nicht zulassen werdet, dass Genossen aus der Kampffront herausgebrochen werden und dass vor allem bei jedem Kampf neue Menschen gewonnen werden -diese feste Überzeugung hat uns die Kraft gegeben, diese Zeit durchzustehen.



Das Ehrenmal der Roten Armee in Treptow.



Begrüßung des Genossen Peter vor dem Büro der Ortsgruppe Moabit in Westberlin.



tionen möglich und es mag nicht nur ein Zufall sein, daß einer der Schöffen Regierungsdirektor ist. Das Prunkstück dieses Schöffengerichts ist jedoch der Bonner Kommunistenrichter Hasse, der sich in zahllosen Verfahren profilierte. Das Schlagwort des "förmlichen Justizverfahrens" dient ihm dazu, die Beschneidung der Rechte von Angeklagten und Verteidigern durch die neuen Strafprozessgesetze auf die Spitze zu treiben. Schon um überhaupt zu Wort zu kommen, müssen die Angeklagten mit aller Entschiedenheit kämpfen und Ordnungsstrafen in Kauf nehmen. Die Zuhörer behandelt Hasse wie ein Zuchtmeister, indem er ihre Empörung oder Gelächter (z. B. bei: "Herr Angeklagter, ich verwarne Sie wegen des grollende Untertons in Ihrem letzten Satz") zur Räumung des Saals ausnutzt. Bei Protesten und Stellungnahmen der Angeklagten hagelt es Ordnungsstrafen. Schon jetzt haben Staatsanwaltschaft und Gericht offenbaren müssen, daß sie das Demonstrationsrecht einschränken wollen. Das offensive Vorgehen der Angeklagten, die sich durch nichts einschüchtern ließen, zwang sie dazu. Der Staatsanwalt meint: "Die Bezeichnung Hirohitos als Kriegsverbrecher beeinträchtigt auf jeden Fall die Belange der BRD: jedenfalls ist sie auch eine Beleidigung Hirohitos, da seine Kriegsverbrecherrolle in diesem Teil der Welt nicht allgemein bekannt sei." (!)

Forts. von S. 1

Angriffe auf mißliebige Anwälte

zusichern. Damit sollen Spitzel, Denunzianten und Provokateure zu noch frecherem Auftreten animiert werden.

Vorweggenommen wurden diese Gesetze bereits in dem Prozeß gegen Horst Mahler, wo der Kronzeuge Ruhland beliebig Mein- eide schwören konnte, nur damit auf dieser Grundlage Horst verurteilt werden konnte. Genauso war es beim Prozeß gegen den Genossen D. Kunzelmann, wo die Kronzeugin Anne-Katrin Bruhn die Aussagen machte auf Grund deren der Genosse verurteilt wurde.

Als Rechtsanwalt Henner Kraetsch das Zusammenspiel zwischen Kronzeugin und Polizei aufdeckte und durch seine Zeugen- aussage die enge Verbindung belegte, brachte ihm das eine Anzeige wegen vorsätzli- chem Meineid ein. Diese Anzeige wurde am 24. 6. und 4. 7. in Berlin verhandelt.

ANKLAGE GEGEN

HENNER KRAETSCH

Worin besteht die Anklage gegen Henner Kraetsch?

Er hat in einem Prozess gegen Dieter Kun- zelmann ausgesagt, dass er gesehen hat, wie die Kronzeugin Bruhn in einer Verhand- lungspause von einem Staatschutzbeamten umarmt wurde.

Dass das traute Verhältnis zwischen Staats- schutz und der Kronzeugin auch solche kör- perlichen Formen annehmen konnte, war nach den hervorragenden Diensten der Bruhn für die Klassenjustiz durchaus wahrschein- lich.

Natürlich wurde dies von Staatsanwalt und Polizeibeamten bestritten. Es steht also Aussage gegen Aussage. Der Staatsanwalt erhob Anklage beim Amtsgericht wegen Falschsausage. Das Amtsgericht lehnte es allerdings ab, ein Verfahren zu eröffnen, weil es an fundierten Beweisen fehlte! Darauf setzte das Landgericht ein Verfah- ren an mit der schärferen Anklage des "vorsätzlich falschen Schwörens"(Meineid). Dies zeigt das deutliche Interesse der Klas- senjustiz, Rechtsanwalt Kraetsch unter al- len Umständen zu verurteilen und damit die Voraussetzungen für ein Berufsverbot zu schaffen.

Forts. Hirohito-Prozess

Damit werden nicht nur die Werktätigen für dumm verkauft, es wird auch das De- monstrationsrecht, das gerade ein Mittel zur Überzeugung anderer ist, auf den Kopf gestellt.

Das Gericht geht aber noch einen Schritt weiter: Es erklärt in einem Beschluß, daß die Verpflichtung der Bundesregierung zum Schutz ausländischer Staatsgäste auf dem Völkerrecht beruhe und auf jeden Fall höher stehe (!) als das Demonstrati- onsrecht. Das bedeutet, daß jede mißlie- bige Demonstration gegen "Staatsgäste" zukünftig verboten werden kann. Das ist schwarz auf weiß der Handlangerdienst dieses Sondergerichts für die Bundesre- gierung!

Das ist aber zugleich eine Provokation, die sprunghaft die Solidaritätsfront ver- größert hat. In den Stadtteilen wird teils ohne Aufforderung in die Sammelbüchsen gespendet. Immer neue Menschen besuchen den Prozeß und die Genossen der ROTEN NIFLFE, die in einem Arbeiterviertel arbei- ten haben die Erfahrung gemacht, daß sie offene Türen einrennen, wenn sie zur So- lidarität auffordern und sagen: "Der Kampf gegen Faschismus und Krieg muß gerade zu diesem Prozeß verstärkt werden. So wie die Völker die Verbrechen Hirohitos und Hitlers nicht vergessen, müssen wir heute der Bedrohung durch die beiden Su- permächte USA und UdSSR entgegen treten. Dazu brauchen wir das Recht auf Dem- onstrationsfreiheit und kein Sondergericht wrd uns davon abhalten, um dieses Recht zu kämpfen! Gegen die Angriffe der Bour- geoisie im Hirohito-Prozeß muß jeder auf stehen! Solidarität hilft siegen!

Die Anwälte Hugo Brentzel, Otto Schily und Henner Kraetsch (von links). Gegen alle drei Anwälte versuchte die Klassen- justiz immer wieder Berufsverbote zu



verhängen - bis heu- te vergeblich, denn eine starke Solidari- tätsfront verhin- derte das. Die versuch- te Kriminalisierung von Henner Kraetsch wird an der Waffe der Klassen-solidari- tät scheitern!

FREISPRUCH FÜR RECHTSAN- WALT HENNER KRAETSCH!

DIE ARBEITERKLASSE BRAUCHT FORTSCHRITTLICHE ANWÄLTE

Warum versucht die Bourgeoisie immer mehr mit den Mitteln der Berufsverbote fortschrittliche Anwälte und intellektuelle einzuschüchtern und ihre Existenz zu ge- fährden?

Trotz aller Gesundheitsversuche der Schmidt-Genscher-Regierung sind weiter- hin über eine Million Kollegen arbeitslos. Die vielbeschworene Tendenzwende sieht so aus: weitere Massenentlassungen und Betriebsstillegungen stehen auf der Tages- ordnung der Kapitalisten. Täglich erfahren immer mehr Kollegen, daß das Kuschen der Gewerkschaftsbonzen und das Abwiegen der SPD-Betriebsräte - jeweils tatkräftig unterstützt von den SEW-DKP-Führern - keinen einzigen Arbeits- platz rettet. Nur der gemeinsame Kampf in der Krise kann die Existenz der Kollegen sichern. In der Krise kämpfen heißt aber auch, daß immer mehr Proletarier von der Klassenjustiz verfolgt werden. Diese Kol- legen wissen, wie wichtig es ist, in Arbeits- und Strafprozessen sich auf Rechtsanwälte verlassen zu können, die ihre Interessen konsequent vertreten, fest an ihrer Seite stehen und sich durch das juristische Kauderwelsch nicht verwirren lassen. Hierzu braucht die Arbeiterklasse Rechtsanwälte, die nicht dann aufhören zu arbeiten, wenn sie ihre Gebühren im Sack haben; Anwälte,

Daraus geht hervor, daß der Genosse seit 1973 laufend bespitzelt wird; alle seine Äusserungen und Handlungen sind säuber- lich aufgezeichnet und dienen als Beweismaterial. So wirft ihm die Staatsanwalt- schaft vor, einen Brief an Horst Mahler geschrieben zu haben, "der u. a. in Zu- sammenhang mit der Entführung des Ber- liner CDU-Vorsitzenden Lorenz gewalt- sam befreit werden sollte". Weiter, daß Mahler ihm geantwortet hat, wozu sie bemerkt: "Wegen der Tatsache, daß er von Horst Mahler mit 'Du' angeredet und als "Genosse" bezeichnet wird, ist auf den Be- schluß des Oberlandesgerichts Stuttgart ... hinzuweisen." Schon der Gebrauch des Wortes "Isolationshaft" ist verdächtig: "Das Wort 'Isolationshaft' ist dem Sprach- gebrauch und der Ausdrucksweise der kriminellen Vereinigung Baader-Melnhof angelegentlich (vergl. Beschluß des Oberlan- desgerichts Stuttgart. . .)" Sie bezieht sich dabei auf das Ausschuß- urteil im Stammheimer Prozeß. Im Klar- text heißt das, wer mit den politischen Gefangenen korrespondiert, von Isolationshaft spricht, weil es dafür keine andere Bezeich- nung gibt, der gerät in den Ruf, zum Um- kreis einer kriminellen Vereinigung zu ge- hören und ist reif für ein Berufsverbot.

Die ROTE HILFE führt mit den angeklagten Anwälten gemeinsam den Kampf gegen diese Angriffe. In Berlin führten wir eine kämpferische Solidaritätsveranstaltung mit dem Genossen Henner Kraetsch und über 700 Freunden und Kollegen durch. Spontan demonstrierten wir gegen die Ver- haftungen von Ströbele und Croissant und demonstrierten vor dem Gericht für den Freispruch von Henner. Rechtsanwalt Strö- bele, der zu dieser Zeit schon in Untersu- chungshaft saß, hörte unsere Kundgebung und ging so gestärkt als Zeuge in die Ver- handlung gegen Henner Kraetsch.

So zeigen wir alldenjenigen, die schwanken und sich einschüchtern lassen: Wo Unter- drückung ist, da ist auch Widerstand- Solidarität hilft siegen! Wer auf die Kraft der Arbeiterklasse vertraut, wird Nieder- lagen einstecken können, denn er weiß, daß wir durch die Niederlagen hindurch zum endgültigen Sieg, zum Sozialismus kommen werden.

Deshalb kämpft mit an der Seite der Arbei- terklasse gegen Ausbeutung und Unterdrück- ung - gegen Monopoldiktatur - für Volksde- mokratie, die Arbeiterklasse an die Macht! Schafft ROTHE HILFE!

Aachen: BERUFSVERBOT

Gegen Genossen Albert sparla, Lehrer in Aachen und Mitglied der ROTEN HILFE wurde von der Schulbehörde Unterrichts- verbot und Hausverbot für alle (!) Aachener Schulen verhängt. Sie wirft ihm vor, "die Schüler im Sinne der kommuni- stischen Klassenkampfideologie zu indok- trinieren", nachgewiesen z. B. daran, daß er mit seiner Klasse einen politischen Prozeß besucht habe (wodurch die Schüler "ein schiefes Bild von der Justiz" bekämen) und an einem Tafelbild mit den Streikfor- dorderungen der "wild" streikenden Valvo- arbeiter im Sommer 1973. Die nächste RHZ wird ausführlich berichten!

oben Scharfschützen...



»Wovor haben die eigentlich noch Angst?«

KORRESPONDENZ AUS STAMMHEIM

... Auf einer kleinen Mauer sitzen zwei alte Frauen mit ihren Enkeln und fragen mich, wieso ich fotografiere. Als ich sie frage, ob sie hier wohnen, sprudeln sie los: das sei eine Riesenschweinelei, seit Monaten würden sie ständig von der Polizei belästigt. Wenn sie zum Einkaufen gingen, müssten sie immer den Ausweis mitnehmen. Ständig werde beobachtet und kontrolliert. Früher seien sie hinter der Anstalt auf den Feldern spazierengegangen; da könne man sich schon gar nicht mehr hintrauen. Und was das al- les gekostet hat! Ob sie vor Aktionen der RAF Angst haben, frage ich. Nein, wieso, die tun uns doch nichts, aber wovor man all- mählich Angst haben muss, das ist hier die Polizei und das ganze Drumumdran. Die schützen nicht uns, sondern unsere Herren.

Ein Zivilist ist herangekommen. Sein Funk- gerät piepst. Er unterhält sich mit der Ein- satzleitung, die ihre taktische Zentrale of- fenbar auf dem Dach des Sondergebäudes aufgeschlagen hat. Von dort aus werden auch die Berittenen und die MP-Posten an den Ein- gängen dirigiert. Eine der Frauen zeigt mir einen Zivilen auf dem Dach und sagt: "Der da mit der Lederjacke ist der Chef vom Mobilien Einsatzkommando"...

Um 12.30 Uhr stehen wir wieder an, um her- einzukommen. Vor mir eine ca. 55-jährige Frau. Sie ist Jüdin und zeigt mir auf dem Arm eine Nummer. Sie war damals von den Fa- schisten ins KZ geworfen worden. Sie kann es immer noch nicht fassen, dass es nicht möglich war, in Deutschland den Faschismus mit Stumpf und Stiel auszurotten. Sie ist ge- kommen, um sich mit eigenen Augen im Son- dergerichtsgebäude anzuschauen, wie heute Nazi-Justizmethoden wieder auferstehen.

Dann geht es einzeln weiter. Ich komme in eine Halle und werde von zwei Zivilen empfangen, die meinen Ausweis abnehmen und mich in eine Kabine schleichen. Alle Ta- schen werden entleert, meine Kamera, Feu- erzeug, Zigaretten, Kugelschreiber werden eingesackt. Dann werde ich von oben bis un- ten abgefingert, anschließend mit irgend einer Flepsonde abgetastet, die an meiner Gürtelschnalle gleich losknattert. ... Ich kriege eine Nummer. Erneutes Warten vor einem Gitterkarussell. Dann wieder eine Schleuse. Dort gibt es einen Schlüssel für ein Schlüsselsfach, wo meine Kamera, wohl aufbewahrt werden. Noch eine Schleuse, dann erhalte ich meinen Ausweis zurück und eine neue Nummer und dann bin ich in der Vorhalle des Gerichtssaales. ... Am Eingang zum Saal selbst dann nochmal Kontrolle. Dam bin ich drin - nach fast zwei Stunden. ... In den Ecken, an den Wänden: Bullen, überall Bullen! Wovor haben die hier nach diesem ganzen Theater eigent- lich noch Angst?

Als ich herauskomme, fragen mich drei Rentner: "Wie sehen die vier denn aus? Sind die denn noch bei Kriften, oder kön- nen sie mit denen schon machen, was sie wollen? - Wenn das so weiter geht!"

Wir müssen kämpfen, dass es nicht ein- fach so weiter geht, habe ich ihnen gesagt. .



unten Berittene und Stacheldraht



HORST MAHLER SCHREIBT AN RA KRAETSCH

ABGEFEIMTE MANÖVER GEGEN DIE ANWÄLTE DER ARBEITERKLASSE

In seinem Beitrag für die Solidaritätsveranstaltung der ROTEN HILFE am 22. 6. in Westberlin legte der Genosse Horst Mahler dar, wie die Klassenjustiz gegen ihn selber vorging, um ein Berufsverbot durchzusetzen. Er enthüllte dabei die Methoden, mit denen Staatschutz und Klassenjustiz arbeiten, um sich ihrer Gegner zu entledigen:

"Lieber Henner!

... Die Frechheit, mit der Staatschutz und Justiz zu Werke gehen, um dein Berufsverbot zu erreichen, ist darauf berechnet, dass die Massen "den Behörden" ein derart infames Intrigenspiel nicht zutrauen! Wir wissen aber, dass d erartige Provokationen seit eh und je zum Repertoire der konterrevolutionären Geheimdienste gehören - wie es im Watergate-Skandal wieder offen vor aller Augen trat!

Ich kann aus eigenen Erfahrungen beweisen, dass der westberliner Staatschutz durchaus in solchen Verbrechen Übung hat: Anfang 1969 versuchte er zum ersten Male, mich durch ein Komplott als Verteidiger in politischen Strafsachen auszuschalten.

Ich hatte - als ich nach dem Attentat auf Rudolf Dutschke und den darauffolgenden kämpferischen Protestdemonstrationen gegen die Mordhetze des Springerkonzerns schriftliche und telefonische Morddrohungen - im Sommer 1968 beim Westberliner Polizeipräsidenten die Genehmigung zum Tragen einer Pistole beantragt. Dieser Antrag wurde abgelehnt, weil ich den Polizeibehörden als "unzuverlässig" galt. Schließlich hatte ich an zahlreichen Demonstrationen aktiv teilgenommen und es liefen deshalb mehrere Strafverfahren gegen mich. Als sich dann Anfang 69 im Zusammenhang mit der Agitation gegen die Abhaltung der Bundesversammlung in Westberlin die Morddrohungen gegen mich steigerten, und einen bisher nicht gekannten Umfang annahm, erbot sich Peter Urbach mir "zu meinem Schutz" eine Pistole zu besorgen. Ich ging auf dieses Angebot ein. So erhielt ich von ihm eine belgische Schusswaffe des Kalibers 7,35. Heute weiss ich, dass sich Peter Urbach im Auftrage des Verfassungsschutzes, dessen bezahlter Agent er schon damals war, mein Vertrauen erschlichen hatte, um mich besser bespitzeln zu können. Die von ihm gelieferte Pistole stammte aus den Arsenalen des Staatschutzes.

Einige Tage vor dem Zusammenritt der Bundesversammlung wurden in Westberlin zahlreiche Wohnungen oppositioneller Studenten von der Politischen Polizei durchsucht. Unter dem Vorwand, dass er auch bei sich eine Hausdurchsuchung zu befürchten hätte, brachte mir der Lockpfeil Urbach eine Zündkapsel in mein Büro mit der Bitte, dieselbe für ihn zu verwahren. Mit der gleichen Begründung hatte er schon vor Beginn der Durchsuchungswelle bei verschiedenen studentischen Genossen fertige Brandsätze untergestellt. Sie waren von der Art, wie die später im Jüdischen Gemeindefeuer "gefundene" Bombe.

Offensichtlich sollten im Zuge dieser Aktion des Staatschutzes auch die mir untergejubelten "heissen Gegenstände" - die Pistole und die Zündkapsel - "gefunden" wer-

den, die mich in einem scheinbaren Zusammenhang mit einigen vom Verfassungsschutz arrangierten Brabandschlägen gebracht hätten.

Vielleicht ist ... der geplante Schlag damals unterblieben, weil bei Neubauer (dem westberliner Innensenator) und Konsorten die gewaltige und erfolgreiche Solidaritätsdemonstration vom 4. November 68 vor dem Landgericht am Tegeler Weg noch zu frisch in der Erinnerung war. Durch diese Demonstration wurde der Versuch zurückgeschlagen, mir im Ilverfahren durch ein sogenanntes Ehrengericht wegen meiner Teilnahme an der Demonstration gegen den Springerkonzern vom Gründonnerstag 1968 die Anwaltszulassung zu entziehen.

Später - in einer veränderten Situation - konnte der Verfassungsschutz mit Hilfe eines anderen Werkzeuges, des "Kronzeugen" Ruhland den damals aufgeschobenen Coup nachholen - aber nur deshalb, weil ich mich isoliert und von den Kämpfern der Massen entfernt hatte.

In diesem Fall, lieber Genosse Henner, glaubt die Senatsmafia den Umstand auszunut-

zen zu können, dass die sektiererische und volksfeindliche Politik der RAF die Bedingung für eine wirkungsvolle Hetze gegen die Verteidiger der Gefangenen der RAF geschaffen hat. Unsere Feinde sehen, dass sich wenig Widerstand gegen die Ausschaltung der Verteidiger der RAF-Gefangenen regt und rechnen, dass es ebensowenig möglich sein wird, für deine Verteidigung als Anwalt der Arbeiterklasse eine breite Solidaritätsfront zu organisieren. Diese Rechnung darf nicht aufgehen!

Der Angriff auf die fortschrittlichen Verteidiger der politischen Verfolgten ist ein Angriff auf die kämpfende Arbeiterklasse, deren aktivste und entschlossenste Kämpfer zu exemplarischer Bestrafung vor die bürgerlichen Gerichte gezerzt werden. Sie sollen durch die Ausschaltung der fortschrittlichen Rechtsanwälte wehrlos und stumm gemacht werden.

Im Bewusstsein dieses Zusammenhanges muss der Kampf gegen die erlogene Meideanklage mit aller Kraft der proletarischen Solidarität geführt werden!

Rot Front!
Horst Mahler "

GEGEN ENTLASSUNG OPPOSITIONELLER BETRIEBSRÄTE BEI BLOHM & VOSS:

klassensolidarität

Für den 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich! Gegen mörderische Akkordhetze und Überstundenschinderei! Für 1200 Mark Nettolohn! Gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz! Gegen Monopoldiktatur - für Volksdemokratie, die Arbeiterklasse an die Macht!

Unter diesen Forderungen wurden die zwei oppositionellen Metalller Gerd Stamer und Holger Chmielewski in der Liste 2 in den Betriebsrat gewählt, ein grosser Erfolg der Gruppe oppositioneller Metallarbeiter in der IGM bei Blohm & Voss.

SO ARBEITEN OPPOSITIONELLE BETRIEBSRÄTE

"Knochenmühle" heisst B&V bei den Hamburger Arbeitern, weil in kaum einem anderen Betrieb die Arbeitsethete so gross ist, die Zahl der Unfälle so hoch ist. Seit über einem Jahr organisieren die Gruppe oppositioneller Gewerkschafter und die Betriebszelle der KPD gemeinsam den Kampf dagegen. In diesem Kampf stellen revolutionäre Betriebsräte eine wichtige Unterstützung dar. So haben die Genossen Stamer und Chmielewski trotz aller Behinderungen durch die reaktionären SPD-Betriebsräte sofort nach der Wahl einen wichtigen Schritt im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung und den 7-Stundentag eingeleitet: Eine Viertelstunde bezahlte Waschzeit! Diese Forderung ist jetzt im Betrieb verankert, überall diskutieren die Kollegen: wie gehen sauber ins Werk, wir wollen es auch sauber verlassen - die Waschzeit muss her!

Die konsequente Arbeit der Genossen der Liste 2 fürchten die IGM-Bonzen und B&V-Kapitalisten wie die Pest. Deshalb haben sie Hand in Hand die politische Entlassung der Genossen vorbereitet.

Die Vorarbeit zur politischen Entlassung leistete die SPD-Gewerkschaftsführung und die reaktionären Betriebsräte um den BR-Vorsitzenden Knüßler. Sie haben bei den BR-Wahlen in jeder Weise zusammen mit der Geschäftsleitung Wahlbehinderung, Verleumdung, Lüge und Betrug angewendet. Sie haben der Entlassung eines Kandidaten der Liste 2 zugestimmt.

- Sie haben inzwischen Gewerkschaftsausschlüsse eingeleitet, - sie haben im BR die Beteiligung der Genossen an den wichtigen Arbeitsausschüssen verhindert ("Keine Beteiligung von Leuten, die Recht und Gesetz brechen..."). Gleich nach der Wahl die B&V-Kapitalisten versucht, die Genossen zu einem Bekenntnis für das arbeitervindliche Betriebsverfassungsgesetz zu zwingen. Dies ist ihnen natürlich nicht gelungen, die Genossen haben

deutlich erklärt: wir sind an die Interessen der Kollegen gebunden! Friedens- und Schweigepflicht sind reaktionäre Knebelungsinstrumente für die Profite der Werft-Kapitalisten!

§ 74 des BetrVG: (Grundsätze der Zusammenarbeit): "Massnahmen des Arbeitskampfes zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat sind unzulässig; Arbeitskämpfe tariffähiger Parteien werden hierdurch nicht berührt. Arbeitgeber und Betriebsrat haben Bestätigungen zu unterlassen, durch die der Arbeitsablauf oder der Friede des Betriebs beeinträchtigt werden. Sie haben jede parteipolitische Betätigung im Betrieb zu unterlassen".

Jetzt behaupten die B&V-Kapitalisten: wenn die Friedens- und Schweigepflicht nicht in jedem Fall eingehalten wird (d.h. wenn der gesamte BR nicht bei jeder Schweinerei gegen die Kollegen zustimmt oder zumindest schweigt) ist seine Funktionsfähigkeit bedroht. Die Genossen hätten sich damit schon selbst ausgeschlossen! Deshalb stellten sie im Juni einen Antrag beim Arbeitsgericht, die Genossen aus dem BR auszuschliessen.

G. STAMER UND H. CHMILEWSKI BLEIBEN DRIN !

Die ROTE HILFE hat es sich zur Aufgabe gemacht, gemeinsam mit den oppositionellen Gewerkschaftern und der Zelle der KPD den Kampf bei B&V zu unterstützen und die politische Entlassung zu verhindern.

Vor dem Prozess der IGM-Bonzen gegen die Genossen Stamer haben wir zusammen mit Gruppe oppositioneller Gewerkschafter und der Zelle der KPD ein Flugblatt herausgegeben und morgens vor der Werft eine Kundgebung durchgeführt, die von den Kollegen sehr gut aufgenommen und auf der Werft diskutiert wurde. Sie hat auch dazu beigetragen, den Kampf der oppositionellen Gewerkschafter um die Verkürzung der Arbeitszeit in der ganzen Werft zu verbreiten. Überall im Betrieb klebt die Forderung eine Viertelstunde bezahlte Waschzeit!

Am Morgen vor der BR-Sitzung, auf der die Genossen den Antrag auf Zurückweisung des Ausschlussantrages stellen sollten, haben wir eine zweite Kundgebung gemacht. Ab sofort werden Genossen der Ortsgruppe auch unsere Zeitung regelmässig vor der

Werft verkaufen und so die ROTE HILFE weiter bei den Kollegen bekannt machen und auch im Betrieb Rote Helfer zu gewinnen.

Der Prozess vor dem Arbeitsgericht am 18. 7. muss zu einer Niederlage für die B&V-Kapitalisten und die Gewerkschaftsbonzen gemacht werden!



Bild: Propagandawagen für die Freilassung der politischen Gefangenen in Westberlin

GRUSS AN GENOSSEN HORST

Die Anwesenden auf der Veranstaltung der ROTEN HILFE gegen das Berufsverbot für Henner Kraetsch senden dem Genossen Horst Mahler folgendes Grusstelegramm:

Genosse Horst Mahler! W-Berlin, 22. 6.

Zur Verhinderung des drohenden Berufsverbotes gegen den Rechtsanwalt Henner Kraetsch sind wir heute in der Hasenheide zusammengelassen.

So sicher, wie wir gegen den Angriff der Bourgeoisie auf einen Anwalt der Arbeiterklasse die Massen mobilisieren und mit ihnen den Angriff zurückzuschlagen werden, genauso sicher werden wir nicht davon ablassen, für Deine Freilassung zu kämpfen. Gerade das drohende Berufsverbot gegen Henner Kraetsch ruft uns eindringlich in Erinnerung, dass gegen Dich, Genosse Horst, die ersten Angriffe gegen einen Rechtsanwalt, der seine Fähigkeiten in den Dienst des Volkes gestellt hat, gerichtet waren.

Wenn wir in den nächsten Tagen der Klassenjustiz die gebührende Antwort erteilen, dann ist dies auch ein weiterer Schritt hin zu Deiner Freikämpfung. Denn die Arbeiterklasse wird nicht bei der Abwehr der Angriffe der bürgerlichen Klassenjustiz stehenbleiben, sondern ihre politischen Gefangenen aus den Gefängnissen der Bourgeoisie befreien!

Rot Front !

Selbsthilfe

Wie verteidige ich mich gegen die alltäglichen Übergriffe von Polizei und Justiz?

Hrsg.: Zentralvorstand der ROTEN HILFE
56 Seiten, A-5, Preis: 2.- (einschl. Spende für den Rechtshilfefonds).



Broschüre zur Berufungsverhandlung im Kölner Vietnam-Prozess (September 1975) 46 Seiten, Preis 2.- DM
Bestellungen an: ROTE HILFE - Vertrieb,
5 Köln 30. Gumprechtstr. 6

Für Unabhängigkeit Freiheit Sozialismus NIEDER MIT DEN SUPERMÄCHTEN

Anlässlich der antifaschistischen Kundgebung der Kommunistischen Partei Deutschlands zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus in Berlin/Ost vor dem antifaschistischen Ehrenmal in Treptow traten viele Fragen bei den Roten Helfern und in der Massenarbeit in ganzer Schärfe hervor. Vorallem im erfolgreichen Kampf um die Befreiung der von der Neuen Bourgeoisie inhaftierten Antifaschisten und Kommunisten in Berlin/Ost entstand eine lebendige Diskussion, die sich im wesentlichen auf drei Fragen konzentrierte:

- welche Funktion hat eigentlich die DKP/SEW in der BRD und Westberlin?
- welche Bedeutung hat die nationale Frage für den Kampf der Arbeiterklasse in der BRD und Westberlin?
- was bedeutet eigentlich die Existenz der Truppen der Sozialimperialisten und der USA Imperialisten auf deutschem Boden für den Kampf der Arbeiterklasse und ihrem Ziel der sozialistischen Revolution?

Gerade für die Rote Hilfe müssen uns die jüngsten Ereignisse in Portugal und in der DDR warnendes Beispiel sein und fordern uns auf entschiedener national und international die Solidarität für all diejenigen Gefangenen zu organisieren, die von den Agenten der Sozialimperialisten eingekerkert werden. Zeigt doch das Beispiel Portugal, daß die Revisionisten nicht nur versuchen Illusionen in den und über den bürgerlichen Staatsapparat zu verbreiten, sondern sie zielen auf Machtpositionen im gesellschaftlichen und militärischen Bereich ab, um selbst aktiv an der Unterdrückung der Revolutionäre und fortschrittlicher Menschen sich zu beteiligen und Positionen für und im Auftrag der Sozialimperialisten zu erringen, um ihren Einfluß auszudehnen und jeden Widerspruch zugunsten der Sozialimperialisten zu lösen. In unserem Land, darf uns die Tatsache, daß die DKP eine kleine Partei ist nicht dazu führen sie zu misachten, sondern wir müssen sie entschieden an jedem Punkt bekämpfen. Sie tritt nicht für die nationale Unabhängigkeit und ein vereinigtes sozialistisches Deutschland ein, sondern im erbitterten Konkurrenzkampf zwischen den Sozial- und USA Imperialisten stellt sie eine wesentliche Stütze für die sowjetischen Kriegstreiber dar, um ihren Einfluß in Europa auszudehnen.

Genosse Lenze führte aus:

... "Der Marxismus-Leninismus hat stets das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als eines der wichtigsten und unantastbaren Prinzipien betont und hochgehalten. Stalin sagte: "die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt." Der deutsche Staat ist von den USA Imperialisten gespalten worden. Das deutsche Volk hat sein Selbstbestimmungsrecht in der Frage eines Staates nicht verwirklichen können. Der westdeutsche Spalterstaat entstand ohne Mitwirkung des Volkes. Will aber die SED-Führung etwa behaupten, sie hätte das Volk in der DDR gefragt, als sie ihren ursprünglichen Standpunkt verließ und ihre gerechte Forderung nach Wiedervereinigung unter den Tisch kehrte?

Das kann sie mit Recht niemals behaupten.

Als die Sowjetunion sich zu einem sozialimperialistischen Staat entwickelte, da ging sie dazu über, die von ihr kontrollierten Staaten Osteuropas in Kolonien zu verwandeln. Damals stand auch die SEW-Führung vor der Alternative, sich dieser imperialistischen Politik zu widersetzen oder aber vollständig vor ihr zu kapitulieren, sich in die Rolle eines Lakaien zu begeben und selbst den Kurs der kapitalistischen Restauration bis zur Neige auszukosten. Wir wissen, daß die SED-Führung nichts eifrigeres zu tun hatte, als sich aufs engste an die Sozialimperialisten anzuketten und seitdem zu ihrer eifrigsten Dienerin zu werden. Läßt sich aber die Rolle eines Lakaien und einer Kolonie mit der Aufrechterhaltung der Positionen des nationalen Selbstbestimmungsrechtes und der nationalen Unabhängigkeit vereinbaren? Nein, die vollständige Unterwerfung der SED-Führung unter das Diktat der Sowjetrevisionisten hatte zur logischen Konsequenz, daß sie den Kampf für die nationale Einheit immer mehr aus ihren eigenen Erklärungen und Programmen ausmerzten, wußte und nach zahllosen Manövern heute schließlich bei der völlig haltlosen Konstruktion von der sogenannten "Sozialistischen Nation in der DDR" und der "kapitalistischen Nation in der BRD" angelangt ist. Nach unserer Kundgebung am 9. Mai hat uns die SED-Führung und mit ihr einige Opportunisten in der BRD den Vorwurf gemacht, wir hätten uns in die inneren Angelegenheiten der DDR eingemischt und ihre Souveränität verletzt. Wer verletzt aber die Souveränität, und wer verteidigt sie, Freunde und Genossen? Kann jemand mit Recht diesen Vorwurf erheben, der die Anerkennung der sogenannten "begrenzten Sou-

veränität" und der sogenannten "Internationalen Diktatur" predigt, wie sie der sozialimperialistische Zar Breschnew ersonnen hat? Kann jemand ernsthaft ein Geschrei über die "inneren Angelegenheiten eines Staates" erheben, der auf dem Boden dieses Staates die Truppen eines fremden Staates beherbergt und die eigenen Truppen den Anweisungen des Oberkommandierenden des Warschauer Paktes, dem sowjetischen Marschall Jakubowski unterworfen hat?

Genossen und Freunde!
Die sowjetischen Sozialimperialisten haben gar nicht daran gedacht, jemals ihre in der DDR und anderen von ihr abhängigen Länder stationierten Truppen zurückzuziehen. Diese Truppen, die sich in der DDR anfangs noch "zeitweilig in der DDR stationierte sowjetische Truppen" nannten, später dann in "Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der DDR" umbenannt wurden und seit 1971 schließlich den den anmaßenden Namen "Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland" tragen, diese "Gruppe", die mittlerweile über 400 000 Mann umfaßt, die zahllosen Agenten und Berater noch nicht einmal mitgerechnet, sie stellt die größte Militärmacht der SU außerhalb ihrer eigenen Grenzen dar.

Unsere Haltung als Marxisten-Leninisten ist eindeutig: so wenig wie ein Staat sozialistisch ist, der fremde Länder mit Truppen besetzt hält, so wenig kann auch ein Staat souverän oder gar sozialistisch sein, in dem fremde Truppen stationiert sind und der in völliger Abhängigkeit gehalten wird. Ein solches Land kann auch niemals sozialistisch werden, sondern ist und bleibt eine Kolonie, solange er diese Abhängigkeit nicht zerschlagen hat!

Genossen und Freunde diese Linie haben die albanischen Genossen, hat das albanische Volk verwirklicht, das niemals sozialimperialistische Truppen in seinem Land dulden wird und das aus dem Warschauer Pakt ausgetreten ist und dieser Linie folgt mehr und mehr auch Rumänien, das es zuletzt abgelehnt hat, daß die SU durch Rumänien nach Bulgarien einen Luftkorridor einrichtet und das seit 1962 keine Truppenmanöver des Warschauer Paktes mehr auf seinem Territorium zugelassen hat.

Die SED-Führung ist nach wie vor der treueste Vasall der neuen Kreml-Zaren und wird - fest an ihrer Schließkette - von ihnen als Vorreiter und Einpeitscher benutzt, wenn es darum geht, die anderen revisionistischen Parteien Osteuropas auf die hegemonistischen

An jedem Punkt zeigt sich diese Politik der DKP/SEW, in den Streiks der Arbeiter sowie bei den Betriebsratswahlen, Denunzierung klassenbewußter Arbeiter, fast das gesamte Material, was den in der DDR inhaftierten vorgelegt wurde, Photomaterial von Demonstrationen, Namen und Lageskizzen von Büros stammt von der SEW und den revisionistischen Studentenorganisation in Westberlin. Allein 200 Antifaschisten, die sich an der Aktion in der DDR beteiligen wollten, wurden bereits an der Grenze zurückgewiesen auf Grund von Hinweisen von SEW lern und die am Grenzübergang postiert waren.

Für unseren Kampf bedeutet das, daß wir alle fortschrittlichen Menschen und Antifaschisten gegen die beiden Hauptkriegstreiber zusammenschließen müssen und all diejenigen scharf bekämpfen, die den Versuch unternehmen, das deutsche Volk in Abhängigkeit von der ein oder anderen Supermacht zu bringen. Dabei gilt es insbesondere die Sozialimperialisten und ihre 5. Kolonne, die DKP/SEW entschieden zu bekämpfen. Zwischen ihnen und uns gibt es nichts gemeinsames!

Gelang es der DKP noch am 10. Mai dieses Jahres zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus in Frankfurt hunderte von Antifaschisten unter der Losung "Friede, Entspannung, Sicherheit..." zusammenzuschließen, so ist es als ein großer Erfolg anzusehen, daß auf der Großkundgebung der Kommunistischen Partei Deutschlands am 28. Juni 1975 in Düsseldorf sich viele von diesen Antifaschisten nach den Ereignissen in Portugal und der DDR unter den Losungen der KPD zusammenschlossen, die lauteten:

**FÜR DIE UNABHÄNGIGKEIT UND EINHEIT DER EUROPÄISCHEN VÖLKER UND STAATEN!
WER DEN FRIEDEN WILL, MUSS GEGEN DIE SUPERMÄCHTE KÄMPFEN!**

All diese Menschen haben begriffen, daß die DKP/SEW nicht den Frieden will, sondern die imperialistische Politik der Sowjetunion etablieren will.

Im Folgenden drucken wir Auszüge aus der Rede des Genossen Uli Lenze, Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands, die er auf der Großkundgebung der KPD am 28. Juni gehalten hat.

Pläne der Sozialimperialisten einzuschwören und mögliche Widersprüche zu glätten. 1968 sind die SED-Führer soweit gegangen, daß sie ihre Truppen beim Überfall auf die CSSR mitwirken ließen. Es entspricht vollständig dem strategischen Schwerpunkt des Ringens der beiden Supermächte um Weltherrschaft und dem strategischen Aufmarschplan der sowjetischen Sozialimperialisten wenn sie im besonderen Maße die vollständige Abhängigkeit der neuen Bourgeoisie in der ver gleichsweise industriell entwickelten DDR verfolgen. Im Rahmen des sogenannten "Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" ist der sowjetische Sozialimperialismus gerade in jüngster Zeit mehr denn je bestrebt, seinen grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten im eigenen Land durch die Ausplünderung anderer, von ihm abhängiger Länder zu begegnen. Hinter dem ideologischen Rauchvorhang der sogenannten internationalen Arbeitsteilung und der sogenannten "Sozialistischen ökonomischen Integration" verbirgt die neue Monopolbourgeoisie der SU ihre auf den Druck ihrer Truppen gestützten Werkzeuge zur Arspresung fremder Völker. So versucht die SED-Führung gerade in den letzten Tagen und Wochen mit großem Propagandaaufwand die Arbeiterklasse in der DDR für eine neue Welle der Rationalisierung und verschärften Arbeitsetzungen gefügig zu machen, die sich aus den langfristigen ökonomischen Verträgen der 17. Tagung der sogenannten "Partiatischen Regierungskommission für wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der DDR und der SU" ergeben.

Durch derartige Verträge hat sich die neue Bourgeoisie der DDR von Anfang an auf verpflichten müssen, vorallem das zu produzieren, was im Sinne des Imports der Sozialimperialisten ist, andere Produktionszweige zu vernachlässigen und sich in völlige Abhängigkeit von den auf überhöhte Preise festgelegte Rohstofflieferungen aus der SU zu begeben. (...)

Die besondere Geschichte und Lage Deutschlands erfordert von uns ganz besondere Aufgaben des antihegemonistischen Kampfes in unserem Land. Der Kampf um die nationale Unabhängigkeit Deutschlands wirft angesichts der imperialistischen Teilung und angesichts der Tatsache, daß ein Teil Deutschlands bereits von den sozialimperialistischen Truppen besetzt gehalten wird, die nationale Frage mit Dringlichkeit auf. (...)

Ein Teil Deutschlands, die DDR wird von den sowjetischen Sozialimperialisten besetzt gehalten, der andere Teil wird von ihnen als Hauptfallort nach Westeuropa begriffen. Genossen und Freunde! Ohne den erfolgreichen antihegemonistischen Kampf gegen die beiden Supermächte, ohne die Vertreibung der sozialimperialistischen Truppen und die Zurückweisung aller Einmischungsversuche seitens der anderen Supermacht, werden die Fragen der Wiedervereinigung und des Sozialismus in Deutschland nicht gelöst werden! Insbesondere in der DDR können wir nicht davon ausgehen, daß sich Unabhängigkeitsbestrebungen vom Sozialimperialismus doch allzu schnell entwickeln werden.

Trotzdem ist es unbedingt notwendig, zwischen der neuen Bourgeoisie als Klasse und der SED-Führung, dieser Brut von Speichelleckern, zu unterscheiden und zu wissen, daß das Verhältnis zwischen der neuen Bourgeoisie und dem sowjetischen Sozialimperialismus sich langfristig gesetzmäßig wie bei allen RGW-Ländern entlang der historischen Tendenz "Kontrolle erzeugt Widerstand gegen die Kontrolle" entwickeln wird. Auf Grund ihrer festen Kettung an den Sozialimperialismus und ihrer eigenen Schwäche, der totalen Ablehnung, die ihr von Seiten der Arbeiterklasse in der DDR entgegen schlägt, ist sie jedoch zu einem erheblichen Grade selbst auf die Besatzermacht angewiesen. Umso mehr gilt, die Anstrengungen auf die Organisation der Arbeiterklasse, als dem entscheidenden Faktor im nationalen Befreiungskampf, zur führenden und selbstständigen Kraft in der DDR zu richten. (...)

**Gegen die wachsende
Kriegsgefahr -**

**Stärkt die internationale
Einheitsfront
gegen die beiden
imperialistischen
Supermächte**



Schulungstext der KPD
VERLAG ROTE FAHNE

Indochina Woche: über 5000 DM gesammelt!

Mit der Indochina-Solidaritätswoche, die die gesamte ROTE HILFE im Juni durchgeführt hat, reichte sich die ROTE HILFE in die Solidaritätsfront für den Wiederaufbau der vom USA-Imperialismus zerstörten Gebiete ein. Das Ergebnis sind 5.460 DM, die der INDOCHINAHILFE übergeben wurden. Die Ergebnisse im Einzelnen:

Region	Ergebnis	Bayern:	Ergebnis
Westberlin:	40.-	München (Flaschensammlung)	150.-
Kreuzberg:	275.-	Augsburg (Flohmarkt)	100.-
Wedding u. Moabit:	60.-	Die Ziele wurden erreicht.	
Neukölln:	35.-		
Tegel:	35.-		
Mit den Spenden eines Tageslohn durch einzelne Mitglieder wurde das Ziel 2000 erreicht.			
Gesamtergebnis: 5.460.-			

Hessen:
Frankfurt (Flohmarkt u. Straßensammlung) 250.-
Offenbach: 70.-
Die Ziele sind erreicht.

NRW: Dortmund: 50.-
Köln-Süd (Hausbesuche) 40.-

Nord: das Ziel von 2500.- erreicht.

OG Hamburg berichtet

Um die Werktätigen zur Solidarität in der Indochina-Solidaritätswoche mobilisieren zu können, stellten wir fest, daß wir uns erst selber mobilisieren müssen, damit die internationale Solidarität, damit die internationale Solidarität ein fester Bestandteil des Kampfes der ROTEN HILFE sein kann. Dazu führten wir eine gründliche Diskussion und Schulung über die Bedeutung des Kampfes der indochinesischen Völker für die Weltrevolution durch. Dabei hoben wir besonders hervor, daß es im revolutionären Volkskrieg gelungen ist, die mächtigste Militärmaschinerie der Welt, die US-Aggressoren, zu schlagen, weil dies ein gerechter Kampf war und das gesamte Volk dahinter stand: Menschen, nicht Waffen entscheiden! Die Lehre daraus für den Kampf in unserem eigenen Land ist, daß auch ein übermächtig erscheinender Gegner unweigerlich bestieg werden muß, wenn die Massen ihre eigenen Interessen erkennen und dafür den Kampf unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei aufnehmen.

Wir stellten aber auch fest, daß der Wiederaufbau des zerstörten Landes in Vietnam und Kambodscha sehr schwierig ist und daß die Imperialisten natürlich versuchen werden, den Wiederaufbau und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in diesen Ländern zu sabotieren. Deshalb ist es notwendig, Kampf und Ziel der indochinesischen Völker breit zu propagieren und die materielle Hilfe zu organisieren.

Um die Solidaritätswoche zu einem vollen Erfolg zu machen, stellten wir zuerst einen genauen Plan auf und steckten uns das Ziel, 1500.-DM zu sammeln. Dieser Betrag schlen einigen Genossen viel zu hoch. Sie konnten aber davon überzeugt werden, daß wir dieses Ziel erreichen, wenn wir mit der Schöpferkraft und Energie, wie sie uns das vietnamesische Volk gezeigt hat, dafür kämpfen. Als erstes stellten wir eine Schaufensterzeitung für unser Büro her, auf der kurz die Bedeutung des Kampfes und Sieges der indochinesischen Völker dargestellt war und zu Spenden aufgerufen wurde. An zwei Tagen führten mehrere Trupps Haussammlungen im Stadtteil durch, wo wir ca. 65.-DM sammelten. Wir konnten Menschen, die kein Geld hatten, zu Sachspenden für den Flohmarkt bewegen und viele Gespräche führen. Am Donnerstag war Großkampftag zusammen mit der LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS und dem Kommunistischen Studentenverband. Wir hatten einen Lautsprecherwagen mit Bildern der geplanten Vietnamausstellung und Transparenten geschmückt, der den ganzen Tag durch die Arbeiterviertel fuhr. Es wurden in jeder Straße kurze Ansprachen gehalten während denen die Trupps in die Häuser ausschärmten und Geld sammelten. Vorher machten wir durch rhythmische Schreppern mit den Sammelbüchern auf uns aufmerksam. In unserem Stadtteil konnten wir so innerhalb von einer Stunde 88.-DM sammeln. Am Freitag wurde ein Vietnamfest von der INDOCHINA HILFE "Alles für den Sieg" organisiert, zu dem wir auch himmobilierten. Wir hielten einen kurzen Redebeitrag, verkauften Zeitungen und Broschüren und beklebten Streichholzschachteln zum Solidaritätspreis von - 50 DM. Außerdem organisierten wir ein Solidaritätshaarschneiden, das gut 40.-DM erbrachte. Zwei Kinder hatten ein Spiel gebastelt, bei dem mit gezielten Ballwürfen die Köpfe von Breschnew und Ford zum Kippen gebracht werden konnten. "Drei Wurf - 10 Pfg." - 10.-DM kamen so zusammen. Am Samstag hatten wir einen Stand auf dem Flohmarkt, für den wir vor allem von Genossen aber auch von Menschen aus dem Stadtteil, Bekannten und Verwandten z. T. wertvolle Sachen gespendet bekamen. Erlös: 341.-DM

Weiter hatten wir alle Genossen aufgefordert, am Arbeitsplatz und unter Nachbarn, Verwandten und Bekannten mit Hilfe unseres Aufrufes zu sammeln. Eine einzelne Genossin brachtrauf diese Weise 150.-DM zusammen. Am Ende der Woche hatten wir ca. 1000.-DM gesammelt. Zusammen mit den persönlichen Spenden der Ortsgruppenmitglieder werden wir 1500.-DM erreichen!

Zusammenfassend können wir über diese Woche sagen, daß das materielle Ergebnis sehr gut ist, daß es uns aber nicht ausreichend gelungen ist, den Kampf der indochinesischen Völker überzeugend zu propagieren, sonst hätten wir gewiß neue Kämpfer für den Sozialismus gewinnen können. Die Menschen im Stadtteil haben nicht in erster Linie für den Aufbau des Sozialismus gespendet, sondern für den Wiederaufbau eines vom Krieg zerstörten Landes. Wir müssen daraus lernen, der spontanen Hilfsbereitschaft vieler Menschen eine politische Richtung zu geben, sie von der absoluten Notwendigkeit des Kampfes für den Sozialismus zu überzeugen!

Ortsgruppe Hamburg

SPANIEN. PROZESSE VERSCHOBEN

Der Ansturm der spanischen Volksmassen besonders im Baskenland gegen den Franco-Faschismus hat die Faschisten so in die Enge getrieben, daß sie gezwungen waren, die geplanten Prozesse gegen Revolutionäre zu verschieben. Genoveva Forrest, José Garmentida und weitere Antifaschisten sollen nun im Herbst vor ein Militärgericht gestellt werden, wo der Staatsanwalt bereits jetzt die Todesstrafe fordert.

MÜNCHEN. KLASSENJUSTIZ RAST

Zu Geldstrafen von insgesamt 5600.-DM wurden am 20.6. in München 6 Genossen verurteilt, denen vorgeworfen wurde, ein Sammlungsverbot der Stadtverwaltung gegen die Vietnam-Hilfe durchbrochen zu haben. Der Staatsanwalt sah darin "Landfriedensbruch, Gefangenenbefreiung, Widerstand und Körperverletzung" und hatte insgesamt 5 Jahre, 11 Monate ohne Bewährung gefordert. In der Berufung muß dieses Urteil niederkämpft werden!

Bestellungen an die NEUE WELT.

ANZEIGE

HAN GRIDATO SCIOPERIAMO

W. Bergmann
Film, Bild u. Ton GmbH.
5 Köln 1
Postfach 190140
Tel. 0221 / 52 03 73

Auf zum Kampf!

Silvana Zigrino - Claudia Monti
und der nationale Singetrupp des „Roten Windes“.

Diese Schallplatte ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen der Lega del Vento rosso und der „Neuen Welt“. Sie enthält Lieder der Rebellion und des Kampfes gegen die Regierung und den bürgerlichen Staat - Kampflieder um den Arbeitsplatz, die Wohnung, für Sozialleistungen, gegen Fahrpreiserhöhungen, aus Fabriken und Arbeitervierteln Italiens.

30-cm-LP Stereo
DM 18,-
Bestell-Nr. NWJS 1002
Zweisprachiges Textheft mit Noten aller Lieder.

Doch nun, verlämmte Regierung! - Schluß mit den schlechten Zeiten! - Fest im April - Mario Lupo - Melisa - Schau hinaus von der Höhe! - Und aus Italien... - Ich bin die Reisefeldarbeiterin - Die zehn Gebote des Sozialismus - Reggio Calabria '72 - Einheitsfrontlied - Alle Räder stehen still.

In Vorbereitung:
Eck singt:
Drum bin ich rot geworden
Solidaritätsplatte zum Kampf für die Freiheit aller politischen Gefangenen.

ROTE HILFE UND NEUE WELT
17-cm-Single Stereo
DM 5,-
Bestell-Nr. NW-PK 2001

SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE

Wendet Euch an die ROTE HILFE

Zentrale: 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6 (0221/545352) tägl. 18-19 Uhr
Landesvorstand NRW/ 46 Dortmund, Burgholzstr. 13 (0231/813763)
Ortsgruppe Dortmund: Mo 17-19
Köln-Süd: 5 Köln 1, Severinstr. 55, Mo 17-19
Köln-Nord: "Niehler Klause" Niehler Str., Mo 19.30-22
Münster: "Kronenburg" Hammerstr. 37, Di 19.30-22
Landesvorstand Bayern/ 8 München 8, Milchstr. 21
Ortsgruppe München: Mi 17-19
Augsburg-Oberhausen: Eichlerstr. 1 Fr 20-22
Nürnberg: "Loos-Garten", Gibitzenhofstr. 188, Do 20-22
Landesvorstand Hessen/ z. Zt. keine Büroadresse
Ortsgruppe Frankfurt: Schleiermacherstr. 40 Mittwoch 20 Uhr
Landesvorstand Nord: 2 Hamburg 50, Ottenser Marktplatz 7, (040/392673), Di und Fr 17-19
Hamburg: "Im Bierhaus", Schulterblatt, Mi 19.30
Bremen: Bremen-Walle, Flensburgerstr. 81, Mi u. Fr 17.30-19.00
Landesvorstand Westberlin: 1-65, Togostr. 78 (030/4523021) Mo-Fr 18-19
Moabit: Oldenburger Str. 44, Laden, Mi 20-22
Wedding: "Zur stumpfen Ecke", Liebenwalder/Malplauquetstr. Mi 19-22
Neukölln: "Parkrestaurant", Nogat/Kirchhofstr., Mi 19.30-22
Kreuzberg: Leuschner Damm/Ecke Waldemarstr. Mi 19.30-22
Schöneberg: KPD-Laden, Leber/Ecke G. Müllerstr. Mi, 19 n
Tegel: Alttegel Bierstube, Schlieperstr. Mi. 19.30 Uhr
Stuttgart: Cannstadt, "Friedenau", Wilhelmstr. Fr. 20 Uhr

Bestellschein

Ich bestelle ab die ROTE HILFE - Zeitung zum Abonnements-Preis von

halbjährlich 4,80 DM
jährlich 9,60 DM
Förderabonnement jährlich 20.- DM

Das Geld habe ich im Voraus auf das Vertriebskonto der ROTEN HILFE PöScha Dortmund 37883 - 467 überwiesen.

Name:
Adresse:
Beruf:

Unterschrift:

Einsenden an ROTE HILFE, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden.
Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlich DM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name:
Wohnort:
Straße:
Beruf:
Alter:

Unterschrift:

Konto-Nr. 001 096 214 Stadtparkasse Dortmund.

Einsenden an eins der ROTEN HILFE-Büros!

SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE

1999/85

Freiheit

für die Genossen der PEF!

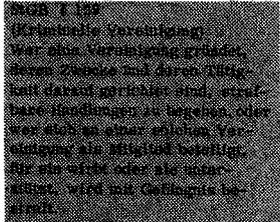
KOLNER PROZESS GEGEN DIE TÜRKISCHEN PATRIOTEN BEGINNT

Bestialische Folterungen

Propagandamaterial der türkischen Faschisten wird von der Staatsanwaltschaft zur Begründung der Anklage gegen die türkischen Patrioten herangezogen. Der Bericht der Patriotin Aysel Semra beweist, unter welchen bestialischen Folterungen die "Aussagen" in solchem Material erpresst wurden:

Am 28. Juli beginnt in Köln der Prozess gegen die inhaftierten Patrioten Ömer Özerturğut, Mustafa Tutgun, Hatice Yourtas und Yüksel Ugurlu. Zuständiges Gericht ist die Staatsschutzkammer beim Landgericht Köln unter Vorsitz von Henry Victor de Somooskeoy, die bereits mit dem Terrorurteil gegen Baha Targün ihre arbeiterfeindliche Gesinnung unter Beweis stellte. Für den Prozess gegen die Patrioten, die wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt sind, (gemeint ist die PEF, die Patriotische Einheitsfront der Türkei) sind bereits dreißig (!) Verhandlungstage angesetzt. Auf welcher Grundlage und mit welchen Zielen ist dieser Prozess von der Klassenjustiz inszeniert worden?

Die Klassenjustiz behauptet: Die Patrioten sind Mitglieder der PEF und die PEF ist eine kriminelle Vereinigung.



81298

Wie schon im Frankfurter Prozess gegen Daygelli und Subasi wird den Genossen vorgeworfen, sie hätten als Mitglieder der PEF Sprengstoffanschläge geplant. Was die Ziele der PEF sind, führte der Genosse Daygelli im Frankfurter Prozess aus:

"Die PEF wurde im Sommer 1971 nach dem faschistischen Staatsstreich gegründet. Das Ziel der PEF ist ausschließlich die Unterstützung und Hilfeleistung für den antifaschistischen Kampf gegen die faschistische Militärdiktatur in der Türkei und ihre Entlarvung im Ausland. Es ist ferner das Ziel der PEF die türkischen Arbeiter im Ausland ihrer Lage bewußt zu machen und ihre kämpferische Einheit gegen Ausbeutung und Unterdrückung und Diskriminierung zu ermöglichen. Die patriotischen Arbeiter, Studenten und Intellektuelle schließen sich unter der von der PEF aus gegebenen Parole "Tod dem Faschismus" / "Freiheit dem Volk in der Türkei" und "Einheitsfronte und ausländische Arbeiter: eine Arbeiterklasse und eine Kampffront!" zusammen.

Die PEF veröffentlichte nach dem faschistischen Putsch 1971 Broschüren und Dokumente in mehreren Sprachen über die Hintergründe, über ihren Terror, über die Abschaffung der demokratischen Rechte und forderte die antifaschistischen Europäer zur Solidarität mit dem Volk in der Türkei auf. Die PEF führte Veranstaltungen und Demonstrationen durch, sammelte Geld und Kleider für die Angehörigen der politischen Gefangenen und ließ politische Bücher, die in der Türkei von faschistischen Machthabern verboten, beschlagnahmt und öffentlich verbrannt wurden, im Ausland drucken, sandte sie in die Türkei und sorgte für ihre Verbreitung. Die PEF propagierte die nationale Einheit gegen den Faschismus und Imperialismus und die Gleichheit und Brüderlichkeit der Türken und Kurden in unserem Land. Sie propagierte, daß der Faschis-

mus nicht von selbst die Bühne verlasse und mit der faschistischen Gewalt aufgehört wird, sie forderte die Patrioten auf, in die Türkei zurückzukehren und sich dem Widerstand anzuschließen. Die Verleumdung aber, daß die PEF Waffen sammelt, transportiert und Terroranschläge und Entführungen plant und durchführt, kann nur von den faschistischen Machthabern und der Gestapo, aber auch von den Staatsanwälten, die ihnen Handlangerdienste leisten, angebracht worden sein. Die PEF ist gegen den Terrorismus, nicht weil der Terrorismus der Bourgeoisie bitter schmeckt, sondern weil die Vernichtung einzelner Faschisten die Beseitigung des Faschismus nicht näher bringt. Die PEF sieht die Bekämpfung des Faschismus als Sache der Volksmassen an."

In dem Lügegebäude, das die Staatsanwaltschaft als Anklageschrift aufgebaut hat, stechen folgende Vorwürfe hervor: Die PEF verfolge das Ziel, "die demokratisch gewählte Regierung in der Türkei mit Gewalt zu stürzen." Diese "demokratisch gewählte Regierung", die der Staatsanwalt meint, kam am 12. 3. 71 durch einen Staatsstreich an die Macht. Ihre Tätigkeit bestand darin, die Armee gegen die Kämpfe der Arbeiter und Bauern zu schicken, alle fortschrittlichen Organisationen zu verbieten, die Revolutionäre zu verhaften, zu foltern und für Jahre ins Gefängnis zu werfen, ganze Dörfer der kurdischen Minderheit dem Erdboden gleichzumachen! Ein anderer wesentlicher Vorwurf der Anklageschrift ist, die PEF verbreite den Marxismus-Leninismus unter den türkischen Arbeitern in der BRD. Die Klassenjustiz scheut sich auch nicht, als "Beweis" für ihre Beschuldigungen Material der türkischen Faschisten heranzuziehen. Die Anklageschrift stützt sich im wesentlichen auf folgendes Material: 1. Auf das Buch "Akte der revolutionären Arbeiter- und Bauernpartei", das 1972 von den türkischen Faschisten herausgebracht wurde, um einen Massenprozess gegen 267 Patrioten und Revolutionäre vorzubereiten. 2. auf Aussagen von türkischen Revolutionären die unter der Folter zustande kamen.

Warum werden die revolutionären türkischen Organisationen in der BRD verfolgt? Die BRD ist heute einer der größten Handelspartner und Kreditgeber der Türkei. Für den billigsten Lohn in Europa beuten westdeutsche Monopole die türkischen Arbeiter aus. Gegenwärtig ist die BRD der wichtigste Waffenlieferant der Türkei. Es ist das gemeinsame Interesse des BRD-Imperialismus wie des türkischen Faschis-



Bild: Strassenkämpfe türkischer Arbeiter und Bauern gegen das Militär.

Schon immer haben diejenigen, die um die Vorherrschaft in der Welt gerungen haben, danach getrachtet, die Türkei unter ihren Einfluss zu zwingen, denn sie ist das Tor Osteuropas und der Sowjetunion zum Mittelmeer und ein Brückenkopf für die Beherrschung des Nahen und Mittleren Ostens. Bis heute haben die USA-Imperialisten die Türkei nahezu vollständig unter Kontrolle. Mit Krediten, langfristigen Verschuldungen und Kreditinvestitionen plündern sie die Arbeiter und Bauern aus, sodass die Türkei heute nicht in der Lage ist, die Ernährung der Bevölkerung aus eigener Kraft sicherzustellen. Die Zypernkrise, in der die beiden imperialistischen Supermächte danach streben, Zypern in einen Militärstützpunkt für die Kontrolle, insbesondere der Rohstoffquellen im Nahen Osten zu verwandeln, zeigt, welche Gefahr ihre Hegemoniebestrebungen für die Volksmassen in der Türkei bringen. Die sowjetischen Sozialimperialisten beanspruchten einen Luftkorridor über der Türkei sowie eine Eisenbahnlinie quer durch die Türkei nach Syrien. In den langen Kämpfen gegen die Unterdrückung der Türkei durch die imperialistischen Mächte ist der Wunsch nach einer unabhängigen Türkei unter den Volksmassen befestigt worden. Ecevit, der frühere türkische Ministerpräsident, versuchte dies auszunutzen, als er das Volk während der Zypernkrise in einen chauvinistischen Krieg gegen die griechischen Klassenbrüder treiben wollte.

mus, die revolutionäre Bewegung unter den Arbeitern, Bauern und Intellektuellen zu unterdrücken, in der Türkei wie in der BRD. In der BRD haben sich in den letzten Jahren gerade die türkischen Arbeiter als wichtige Kraft gegen Lohnraub, Kurzarbeit und Massenentlassungen erwiesen. Nicht nur im Ford-Streik von 1973, sondern auch jetzt in der Krise, wo die Arbeitslosigkeit unter den türkischen Arbeitern am höchsten ist, haben die türkischen Kollegen mutig gekämpft - so in Fürth bei Dynamit-Nobel im Mai. Wie türkische Faschisten und die Klassenjustiz in der BRD zusammenarbeiten, wurde zuletzt am deutlichsten bei der Verhaftung und Verurteilung von Baha Targün. Unsere Unterstützung gilt dem Kampf des türkischen Volkes gegen Faschismus und Imperialismus. Das bedeutet, eine breite

Solidaritätsfront für den Freispruch der inhaftierten Patrioten aufzubauen und alle weiteren Verfolgungen fortschrittlicher und revolutionärer türkischer Organisationen in der BRD zurückzuweisen. Deshalb wird die ROTE HILFE in verschiedenen Städten Solidaritätsveranstaltungen durchführen, an denen Genossen der PEF und Vertreter des Solidaritätskomitees aus Fürth teilnehmen werden.

SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNGEN

Termine

3. 7. 75 Stuttgart 10. 7. Hamburg
4. 7. 75 Augsburg 11. 7. Köln
5. 7. 75 Frankfurt

Am 26. 7. findet in Köln zum Prozess - beginn eine Demonstration statt.

Wer sind die vier inhaftierten Patrioten?

Ömer Özerturğut: Ömer ist 29 Jahre alt. Bis zum faschistischen Militärputsch am 12. 3. 1971 lebte er in der Türkei. Gemeinsam mit den türkischen Arbeitern und Studenten kämpfte er gegen die Unterdrückung des Volkes der Türkei durch die US-Imperialisten und ihre Handlanger innerhalb der türkischen Bourgeoisie. Bereits unter der Demirel-Regierung, die den Faschisten freie Hand in der Verfolgung von fortschrittlichen Menschen und Revolutionären gab, wurde er verfolgt, denn er war als Herausgeber zweier sozialistischer Zeitungen bekannt. Als die Faschisten die Macht übernahmen, setzten sie auf ihn ein Kopfgeld aus. Da für Ömer Lebensgefahr bestand, verließ er die Türkei. Kurze Zeit vor seiner Verhaftung, Anfang 1974, kam er in die BRD.

Mustafa Tutgun: Mustafa ist 38 Jahre alt und Arbeiter. Auf Grund der Bedingungen in der Türkei, die mit 30% (im Winter bis zu 60%) Arbeitslosigkeit eine der höchsten Arbeitslosenquoten der Länder westeuropas hat, und für die Arbeiter und Bauern nur die Möglichkeit läßt, ihr Heimatland zu verlassen, um ihre Familie zu ernähren, kam er wie Tausende seiner Landsleute in die BRD, um so wenigstens seinen Lebensunterhalt zu sichern. Er arbeitete bei Ford und später bei kleineren Firmen in Köln. Auch er arbeitete im türkischen Arbeiterverein in Köln.

Hatice Yourtas: Hatice ist 30 Jahre alt. Sie lebt bereits seit mehreren Jahren in Köln und studierte bis zu ihrer Verhaftung an der Universität Soziologie. Hatice hat im türkischen Studentenverein gearbeitet und besonders für die Unterstützung der türkischen Arbeiter gekämpft. Dadurch ist sie vielen fortschrittlichen Arbeitern in Köln als jemand bekannt, der ihre Interessen vorbehaltlos unterstützt. (Bei der Agitation unter türkischen Kollegen traf sie

Roten Helfer immer wieder auf Kollegen, die Hatice kannten, und über ihre Verhaftung sehr empört waren). **Yüksel Ugurlu:** Yüksel ist 27 Jahre alt und Student in Münster. Er ist verheiratet; seine Frau wurde ebenfalls als Mitglied einer kriminellen Vereinigung verfolgt. Ebenso wie Hatice ist er Mitglied im türkischen Studentenverein, was jetzt der Klassenjustiz als Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung ausgelegt wird.

Schreibt an die 4 Genossen und an Baha Targün - 5Köln 30, Rochusstr. 350

Ihr Richter:



Richter de Somooskeoy

der Kölner Kommunisten-Genossen Victor Henri de Somooskeoy, verhängte gegen die Kölner Antifaschisten zwischen 3 u. 7 Monaten: 6 Jahre gegen Baha Targün!